

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumböhm, Magdeburg. — Druck und Verlag von B. Farnsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Buchhändlern vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: Die 7gepaltene Kotenstelle 25 Pf., Anzeigen vom auswärtigen Postamt 35 Pf., im Restamt 25 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5288 Berlin.

Nr. 163.

Magdeburg, Sonntag den 14. Juli 1918

29. Jahrgang.

Der Ausklang.

Der Reichstag geht am Sonnabend in die Ferien, um im Spätherbst, Anfang November, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Der Hauptausschuß will in den ersten Oktoberwochen wieder zusammentreten. Da der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur verlagert wird, bleibt die Möglichkeit seiner frühern Einberufung durch den Präsidenten offen.

Präsident ist jetzt Fehrenbach, dem eine stärkere Entscheidungsfähigkeit zuzumuten ist als dem verstorbenen Kaempf, ihm ist in der Person Scheidemanns auch ein sozialdemokratischer Stellvertreter beigegeben. Hoffentlich darf man jetzt also mit mehr Vertrauen als früher an die Möglichkeit denken, daß die

Notwendigkeit einer unvorhergesehenen Tagung

des Reichstags nicht nur eintreten, sondern auch vom Präsidium anerkannt werden würde. Die Notwendigkeit einer unvorhergesehenen Tagung kann sich auch aus den verschiedensten Anlässen ergeben vor allem dadurch, daß Friedensverhandlungen eingeleitet würden. Leider sind die Aussichten in dieser Beziehung recht gering, und man wird damit rechnen müssen, daß das Deutsche Reich parlamentarisch ziemlich tief in das fünfte Kriegsjahr hineingeleitet wird.

Der Gesandtenmord von Moskau und die Pöhlmann-Affäre haben die öffentliche Aufmerksamkeit von dem ungeheuren Scheitern der Friedensverhandlungen abgelenkt, das vom Reichstag erst in den Ausschüssen gründlich beraten, dann aber recht hastig im Plenum unter Dach und Fach gebracht worden ist. Denkt man daran, welche Aufregung und welche politischen Kämpfe in früheren Zeiten verhältnismäßig kleine Steuervorlagen hervorriefen, so will es einen fast ein Wunder dünken, daß jetzt Vorlagen, die die

Kiesensumme von 4000 Millionen

erbringen sollen, abgesehen von etwas Vorkursen, in aller Ruhe erledigt worden sind.

Der sozialdemokratischen Fraktion ist es gelungen, die Vorlagen der Regierung nach der Seite der Besteuerung hin stärker auszubauen, nicht aber die ungeheuerliche Belastung aller Bedarfsgegenstände durch die Umsatzsteuer und die Verteuerung der Getränke durch Steuern und Branntweinmonopol zu verhindern. Die Partei ist ihrem alten Grundsatz treu geblieben, Steuern auf den Reichtum anzunehmen und

Steuern auf die Armut abzulehnen.

Die Gesamtheit der Steuervorlagen ist also nicht durch die Mehrheit angenommen worden, die man gemeinhin als die Reichstagsmehrheit zu bezeichnen pflegt. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien der Mehrheit nur so weit geht, als sie es im Interesse der Wähler für unbedingt notwendig hält, aber keinen Schritt weiter.

Die Folgen der angenommenen Steuervorlagen für unser gesamtes wirtschaftliches Leben werden tief einschneidend sein. Aber in dieser Zeit kommt eben eins zum andern: im Verhältnis zu den Wirkungen des Krieges im allgemeinen auf die Wirtschaft sind selbst die Wirkungen einer 4-Milliarden-Steueranlage verhältnismäßig klein. Man sieht sich in das Unvermeidliche, fatalistisch, ohne zu wissen, was daraus wird.

Es ist verständlich, daß das Interesse an den großen politischen Auseinandersetzungen das Interesse an den Steuervorlagen zurückdrängt. Denn hier wurde die Frage erörtert, die alle andern qualenden und bedrückenden Einzelfragen umfaßt und in sich einschließt: die Frage

wann und wie das Ende

zu finden sei.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses ist der Reichskanzler, von der Sozialdemokratie gedrängt, in seinen Erklärungen über Belgien etwas deutlicher geworden. Er versicherte, daß nicht die Absicht bestehe, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens anzutasten. Der amtliche Wortlaut dieser Erklärung ist weiter unten nachzulesen.

Wird Belgiens Selbständigkeit und Unabhängigkeit wiederhergestellt, so muß Belgien selbst entscheiden, ob es sich nach Osten oder nach Westen orientieren will. Will man verhindern, daß ein Land, das in diesem Kriege unser Kampfgebiet gewesen ist, in einem nächsten Krieg des Kampfgebietes der Gegner werde, so strebe man nach einem

Frieden, der die Wiederkehr einer Weltkatastrophe wie der gegenwärtigen ausschließt. Will man den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands aus einem Lande nicht ausschalten lassen, so sorge man dafür, daß

überall die Gleichberechtigung

im wirtschaftlichen Wettbewerb durchgeführt wird.

Die Sozialdemokratie ist den bisherigen Richtlinien ihrer Politik treu geblieben, sie bekennt sich durch Zustimmung zu den Kriegskrediten erneut zur Landesverteidigung, sie ist bereit, mit andern Parteien zusammenzugehen, soweit ihr das ihre eignen Ueberzeugungen gestatten, aber sie bringt keine Opfer des Intellekts und hält mit ihrer Kritik nicht zurück. Als Vertrauensverhältnis kann also ihr Verhältnis zu der Regierung nach allem Geschehenen durchaus nicht bezeichnet werden. —

Hertling über Belgien.

Im Hauptausschuß ergriff am Freitag zu der Pöhlmann-Angelegenheit zunächst das Wort der Abgeordnete Strejmann, der hervorhob, daß die Angriffe, die auf den Staatssekretär v. Pöhlmann wegen des Ostfriedens gerichtet worden sind, nicht berechtigt seien, denn es werde bei diesen Angriffen übersehen, daß Pöhlmann auch auf die Interessen der belgischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Der belgischen Bevölkerung, die man im Auge fassen könne, mußte seine Stellung aber nach seiner Rede vom 24. Juni unhaltbar sein. Dem Reichskanzler sprach der Redner sein vollstes Vertrauen aus, namentlich auch deshalb, weil er alle Zusagen, die er bei seinem Amtsantritt gegeben hatte, eingelöst habe. Wenn diese Zusagen nicht restlos erfüllt werden könnten, dann liege die Schuld in der Hauptsache an den Parteien. Der Redner wünschte, daß bald ein geregelter Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland hergestellt werden könne. Er besprach dann eingehend das belgische Problem und verlangte, daß zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung stets ein vertrauensvolles Verhältnis bestehen möge. Wenn die Oberste Heeresleitung Bedenken habe, daß der Preussische Landtag jetzt aufgelöst werde, so müßten diese Bedenken auf alle Fälle reperfiziert werden. Dem neuen Staatssekretär stehen die Nationalliberalen vertrauensvoll gegenüber.

Reichskanzler Graf Hertling äußerte sich dann noch einmal vertraulich zur belgischen Frage. Da aber doch Andeutungen über den Inhalt der

Kanzlererklärungen über Belgien

in die Presse gelangt sind, wird nachträglich der folgende Wortlaut dieser Äußerungen amtlich veröffentlicht:

Was die Zukunft Belgiens anbelangt, so bedeutet, wie ich gestern schon sagte, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Pfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Hauptpfandes liegt es, daß wir das, was wir als Pfand in Händen haben, nicht behalten wollen, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten.

Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, daß das nach dem Kriege wiedererstandene

Belgien, freiem als Basis unterworfen,

als selbständiges Staatswesen mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme.

Diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf die Welt-herrschaft gerichtete Tendenz ferngehalten hat, darum wird auch unser Friedensziel dem entsprechen. Was wir wollen, das ist die Unberücksichtigung unseers Territoriums, das ist freie Luft für die Entwicklung

unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Die

sich dieser Standpunkt aber im einzelnen festlegen läßt, das hängt von den künftigen Verhältnissen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muß mich damit begnügen, diese allgemein maßgebenden Richtlinien hier nochmals ausdrücklich festgestellt zu haben, und so glaube ich doch jetzt an Sie die Bitte richten zu dürfen: Helfen auch Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsre Brüder draußen im Felde, helfen Sie alle zusammen mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir zu führen gezwungen sind, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Frieden bestehen.

In der dann fortgesetzten Besprechung kam nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Warmuth (Deutsche Fraktion) Abg. Ledebour an die Reihe. Der Reichskanzler habe ganz offenbar sich bei der Beurteilung der Rede v. Pöhlmanns von den Ansichten der Heeresleitung beeinflussen lassen, denn noch am 25. Juni habe er den Staatssekretär im Reichstag gedeckt. Die Entwicklung im Osten habe gezeigt, daß aus diesen Staaten Bajallenstaaten gemacht werden sollen. Angesichts dessen könne man kein Vertrauen zur Politik des Reichskanzlers haben. Daß Graf Westarp von der Politik des Kanzlers befriedigt sei, beleuchte drastisch die ganze Situation. Die deutsche Regierung sei das ausführende Organ der herrschenden Militärs, deshalb habe auch der Personalwechsel im Auswärtigen Amt keinen Wert.

Meine Freunde sind mit den herrlichen Erfahrungen des Kanzlers über die belgische Frage nicht einverstanden, namentlich nicht mit Rücksicht auf Flandern.

Auf Antrag Gröber wurde dann die Debatte geschlossen. Der Ausschuß stimmte noch einem Wunsch des Reichskanzlers zu, zwei Unterausschüsse einzusetzen, mit denen während der Vertagung über den notwendigen Abschluß von Verträgen verhandelt werden soll. Der Haushaltsausschuß wird seine Arbeiten in der ersten Oktoberwoche wieder aufnehmen, um dann die Reformen des diplomatischen Dienstes zu beraten. —

Die Enttäuschten.

Pöhlmanns Sturz hat die Konservativen mit Jubel erfüllt, aber die Lösung der Pöhlmannfrage hat sie stark enttäuscht. Man darf nie übersehen, daß die Rechte Pöhlmanns Sturz nicht um seiner selbst willen gewünscht hat, sondern weil sie hoffte, dadurch die Sozialdemokratie isolieren zu können. Nachdem dies nun durch Hertlings Verhalten und das ebenso energische wie vorsichtige Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion vermieden worden ist, ist die Presse der Rechten sehr kleinlaut und übellaunig geworden. So sehr sie vorher Hertling schmeichelte, so unfeindlich behandelt sie ihn jetzt, und selbst von den Hoffnungen auf Hinzue ist es ganz still geworden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht zur erneuten Kriegskreditbewilligung der Sozialdemokratie die wütende Glosse, daß ihr Verhalten gleichwohl weit ab von der Linie des 4. August liege. Dem Kanzler freidet sie ungnädig an, daß er wiederum die deutsche Bereitschaft zum Frieden betont hätte, was in jedem Falle der Fall sei, gleichviel, ob diese Erklärung auf die Sozialdemokratie oder auf nichtbevollmächtigte ausländische Agenten berechnet war.

Die „Kreuzzeitung“ vermisst in der Rede des Kanzlers den stärkern Unterton und die straffere Form. Welche sei seine Rede eine neue Befundung der Schwäche; die Abhängigkeit von der Reichstagsmehrheit und den innerpolitischen Momenten sei unerkennbar. Noch immer fehle der Regierung der Offenherzigkeit, der die militärischen Führer auszeichne. Und sehr schlecht kommt auch Scheidemann weg, weil er nicht Lust gehabt habe, sich isolieren zu lassen. Die „Post“ endlich gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die nichtveröffentlichten Teile der Kanzlerrede weitere Zugeständnisse nach links bedeuten könnten; dann hätte die deutsche Sache neuen schweren Schaden gelitten.

Nachdem der Kanzler nochmals über Belgien gesprochen hat, wird diese Note in der Presse, die Ameringismus als Vorwand der Reaktion treibt, bald noch wesentlich stärker anklagen. Die Konservativen haben zwar die Krise herbeiführen helfen, aber sie werden bald lernen müssen, daß jede Krise ihnen nur neue Enttäuschungen und Rückschläge bringt. —

Die Schifffahrt am Zügel.

Die Vorarbeiten, um unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege wieder in geordnete Bahnen zu leiten, sind vom Reichswirtschaftsamt eingeleitet und die Vorschläge und Anregungen haben, wie nicht anders zu erwarten war, in den Interessentenkreisen manchen Widerspruch ausgelöst. Eine der wichtigsten Maßnahmen für unsere Ubergangswirtschaft wird die Seeschifffahrt treffen.

Die Entwicklung des überseeischen Verkehrs nimmt für den Aufbau der Volkswirtschaft einen so bedeutenden Platz ein, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, der freien Entschiedenheit der großen kapitalkräftigen Unternehmungen in der Schifffahrt zu überlassen, wie der Beginn unseres Außenhandels eingeleitet wird. Wir wissen, wie notwendig für unsere Industrie die Zufuhr von Rohstoffen ist, wie bedeutend die Erlangung einer Einfuhr von wichtigen Lebensmitteln werden wird. Wir stehen vor einem Tiefstand des Handels, wie ihn die hochentwickelten europäischen Kulturstaaten nur schwer ertragen konnten; wir müssen vorzüglich alles vermeiden, was geeignet erscheint, uns in der kommenden Periode aufs neue durch ungewöhnliche Anordnungen

schwere Belastungen und Erschütterungen unserer Volkswirtschaft aufzuerlegen.

Das Reichswirtschaftsamt hat den Plan, in das freie Verfügungsrecht der Schifffahrtsgesellschaften einzugreifen. Man hat darauf hingewiesen, daß die Einfuhr nicht wahllos und nach Gutdünken der Schifffahrtsgesellschaften erfolgen darf, ebenso wie in der Ausfuhr eine Regelung notwendig wird; beides auch im Interesse einer besseren Verteilung, die nicht auschlaggebend sein wird für die Einfuhr, aber auch nicht ohne entscheidende Bedeutung. Als Beispiel wurde angeführt, daß, wenn es sich bei einer Frachtmannschaft darum handelt, zu entscheiden, was wichtiger ist, mangelnde Rohstoffe und unentbehrliche Rohstoffe oder Genußmittel wie Kaffee und Tee einzuführen, man zunächst die Genußmittel ausschalten wird. Das wird man durchaus zustimmen können.

Die Gewerkschaften haben bereits im Jahre 1917 in einer ausführlichen Eingabe an den Reichstag und an die Regierung

Forderungen für die Ubergangswirtschaft

begründet und in bezug auf unsere Lebensmitteleinfuhr, die Rohstoffversorgung, die Verteilung des Frachtraums wichtige Anregungen gegeben. Die Vorschläge nähern sich denen des Reichswirtschaftsamts.

Es kann nicht überflüssig sein, daß die großen Reedereien gegen eine Beschränkung ihres Geschäftsbereichs erhebliche Bedenken äußern. Man hat ihnen die Möglichkeit gemacht, wie man es von ihrer Seite gewohnt ist, nachzuweisen, daß die Beschränkung der Einfuhr von Rohstoffen in der Ubergangswirtschaft sehr nachteilig ist, daß die Entwicklung der deutschen Seeschifffahrt auf freier Grundlage am besten bewirkt, daß jeder Zwang vom Uebel ist. Diese Beweisführung ist nicht ganz zureichend,

denn die Konkurrenz vor dem Kriege doch bereits so unangenehm, daß man sich unter den Zwang eines

internationalen Schifffahrtskartells

stellte. Dieses Kartell verteilte die Fahrten für die Gesellschaften und setzte die Fracht- und Personentafel fest. Es ist also mit der vielgerühmten freien Konkurrenz nichts anzufangen, wenn ein übermächtiger Konkurrent dem Gewerbe das Leben schwer macht. Wenn sich die großen Schifffahrtsgesellschaften im freien Verkehr selbst Zwangsmittel schaffen, um ihre Frachttarife zu erhöhen, so wird es wohl nicht unbillig sein, wenn in der Ubergangswirtschaft von Staats wegen eine Aufsicht eingeführt wird, die einen Schutz gewähren soll, daß die Macht, die das Reedereigewerbe unter den eigenartigen Verhältnissen der Ubergangswirtschaft erlangen muß, nicht mißbraucht wird. Es ist ja bemerkenswert, daß in dem Augenblick, wo die Großreederei jeden staatlichen Zwang ablehnen, die Interessenten der Kleinreederei den Hilferuf ertönen lassen, daß man nicht uneingeschränkt die Großen jählen und walten lassen solle.

Was muß uns veranlassen, auf diesem Gebiet der Ubergangswirtschaft

der freien Konkurrenz Zügel anzulegen?

Nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ muß man annehmen, daß während des Krieges unter Schiffsraum auf ungefähr die Hälfte reduziert wurde. Was uns von dieser Hälfte nach dem Kriege noch zur Verfügung steht, ist nicht sicher zu übersehen, da wir nicht wissen, welche Schiffe, die heute noch in neutralen Häfen liegen, uns dann wieder verfügbar sind. Daß dieser Schiffsraum, da auch die andern schiffahrtstreibenden Nationen eine starke Verringerung ihres Schiffsmaterials aufzuweisen haben, nicht genügt, um die starken Anforderungen an die Einfuhr zu erfüllen, ist ohne allen Zweifel.

Die Arbeiterschaft ist daran interessiert, daß so schnell wie möglich die Rohstoffe, die wir nur vom Ausland beziehen können, hereinkommen, um die Industrie, die auf die Verarbeitung solcher Rohstoffe angewiesen sind, wieder in Gang bringen. Aber weiter besteht das Interesse, daß

nicht im weiten Wettbewerb

die kapitalkräftigen, vielleicht auch die rücksichtslosesten Unternehmer diese Rohstoffe vorweg erwerben, auf lange Zeit ihren Bedarf eindecken und den weniger kapitalkräftigen, vor allem den Kleingewerbetreibenden, vom Bezug der Rohstoffe ausschließen können. Hier ist es nicht verkehrt, zu betonen, daß die Arbeiterschaft, die die Arbeitsbedingung, es tritt eine Bewegung des Arbeitsmarktes ein. Wichtiger ist zu fordern: keine freie Entfaltung des Handels und Verkehrs, sondern eine unter Aufsicht des Staates sich vollziehende Regelung der Verteilung der Rohstoffe, die es gestattet, möglichst schnell eine große Zahl von Arbeitsträgern einzustellen. Es ist deshalb durchaus

falsch, wenn die „Köln. Ztg.“ in der Besprechung der Hamburger Tagung erklärt: „Die deutsche Industrie, die für den Auslandmarkt arbeitet, einschließlich ihrer Arbeiterschaft, hat die Freiheit der Entschliessung des Handels und die Freiheit des Marktes nicht minder nötig als der Mittelstand und der Handwerker.“ Für diese freie Entschliessung in der Ubergangszeit werden sich die Arbeiter und Handwerker sehr bedanken. Denn die freie Entschliessung bedeutet hier rücksichtslose, überlegene

Vertretung großkapitalistischer Interessen.

Nicht minder bedeutungsvoll ist für unsere Lebensmitteleinfuhr eine bestimmte Regelung und Ordnung der Zufuhr in der Ausnutzung des Schiffsraums. Bevor nicht unsere Lebensmittellieferung beendet ist, dürfen die Schifffahrtsgesellschaften bei Bestimmung der Frachten und Fahrten nicht nur ihren eignen Interessen nachgehen. Es muß sein, daß die Herren darauf entgegenkommen, daß sie auch aus freiem Antrieb das Interesse der Gesamtheit wahrnehmen werden; aber es liegt ganz im Wesen des kapitalistischen Betriebes, das gewinnreichste Geschäft vorzuziehen, und dabei wird bei dem Fehlen einer Konkurrenz das Interesse der Gesamtheit sehr zu kurz kommen. Die Schifffahrtsgesellschaften haben während des Krieges sicherlich keine angenehmen Zeiten erlebt, aber wir können ihnen nicht zugestehen, daß sie nunmehr nach dem Krieg eine für sie günstige Gelegenheit benutzen, reichlich entgangenen Gewinn einzuholen. Wir haben ein Beispiel dafür, wie gegenwärtig bei dem internationalen Frachtverkehr die Tarife in die Höhe geschossen sind. So wurde vor kurzem erst gegenübergestellt, daß England für die Verfrachtung des Getreides von New York nach London im Frieden pro Tonne sieben Mark zahlte, während gegenwärtig die

Frachtrate bis auf 300 Mark gestiegen

ist. Ähnliches können wir in der Ubergangszeit unter dem „freien Wettbewerb“ der Schifffahrtsgesellschaften auch erwarten. Die norwegische Regierung hat die Frachttarife gegenwärtig bereits begrenzt, weil die Freiberei unerträglich wurde. Wir möchten aber nicht erst bei uns das gleiche erleben, um dann, wie es leider in der Kriegswirtschaft geschehen ist, nachträglich einzugreifen, sondern wollen von vornherein eine verantwortliche Stelle haben, die diesem Begehren Zügel anlegen kann. Es bestehen für uns die ganz sichern Aussichten, daß nach dem Kriege wieder von anderer Stelle — das trifft insbesondere für den internationalen Verkehr zu — aufs neue die Kosten unserer Lebenshaltung gesteigert werden; demgegenüber müssen wir mit allen Machtmitteln darauf drängen, daß wir aus dieser unglückseligen Preissteigerung herauskommen. Im Interesse der Arbeiterschaft, deren Lebenshaltung wir für außerordentlich bedroht sehen, aber auch im Interesse der Entwicklung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die nicht gefördert wird durch hohe Kosten der Produktion und der Rohstoffergewinnung.

Robert Schmidt.

Was der Krieg bringt.

Albanien.

Die Sinne und Mächte der Menschheit sind ausschließlich auf den Krieg gerichtet und die Möglichkeiten, die dort vorbereitet werden. Dadurch können die übrigen Kriegsmöglichkeiten zu kurz. Das heißt nicht, wenn sie im Vordergrund liegen; das ist aber unrichtig, wenn sich dort Veränderungen vollziehen.

Veränderungen aber hat es in den letzten Tagen in Albanien gegeben. Dort haben die Deutschen unter dem Druck ihrer feindlichen Kräfte nach ihrer eigenen Stellung über die Selbstbestimmung der Albaner entschieden zurückgenommen. Verunsicherung genug, daß man die albanische Kriegslage nach Jahren einmal wieder ins Auge faßt.

Offiziell haben die Deutschen sich niemals über den Zweck der Besetzung von Albanien ausgesprochen, trotzdem sie dort seit Januar 1916 Einrichtungsstellen gehalten haben. Die Absicht, die Beziehungen zwischen Italien und der albanischen Krone herzustellen, über die Albaner hinweg abzuklären, kann nicht bestritten werden, da man Salona zu einer Zeit, als es noch kaum verteidigt war, nicht leicht hat. Sicher ist Salona der Hauptstützpunkt der italienischen Operationen in Albanien gewesen, zugleich die Stützlinie ihrer Unterwerfungswelt, welche die Besetzung der albanischen Kräfte in Albanien ermöglichte. Aber welches auch der Zweck der Besetzung Albanien durch österreichische Kräfte sein mag, es ist klar, daß die Erhaltung einer beachtlichen militärischen Stärke in diesem Lande mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Die Besatzungsverhältnisse sind nicht leicht. In Salona selbst hat Italien in das Gebiet, als es noch besetzt war, kein Material, Material und Besatzung schicken von Montenegro aus auf den spanischen Bergwegen herangebracht werden. Dabei handelt es sich um ein Land, das kaum ein Minimum der höchsten Fertigkeit im Sommer bis zu 75 Grad Wärme, als eine Folge der Besetzung dem Besatzungsgeber die spanischen Kräfte und Verluste verursacht.

Der Zweck des österreichischen Generalstabes liegt uns nicht fern, daß der Krieg unter dem Druck ihrer feindlichen Kräfte geht. Das legt den Schluss nahe, daß die Italiener dort Operationen vorantreiben

Um fang planen, wofür ihnen die Gelegenheit gerade jetzt nicht ungenügend erscheinen mag. Allerdings leiden auch sie unter der außerordentlichen Hitze, der Unregelmäßigkeit und der Unkultur des Landes; immerhin befinden sie sich unter weit günstigeren Verhältnissen. Italien beherrscht mit Hilfe seiner englischen und französischen Bundesgenossen die Seewege, kann also keine Truppen entsenden, kann sie auch reichlich mit leichter und schwerer Artillerie und der entsprechenden Masse von Munition versehen. Dazu kommt, daß die Albaner, als ein Volk des Südens, in deren Lande übrigens selbst die Malaria vielfach einheimisch ist, an das Klima Albanien weit besser angepasst sind, es weit leichter ertragen.

Es ist offensichtlich, daß in Albanien, falls die Italiener, wie nach dem österreichischen Bericht geschlossen werden mag, eine Offensive beabsichtigen, dort eine Zeit wichtiger Ereignisse bevorstehen wird.

Russisches.

Die Moskauer Presse meldet, daß in Petersburg ein Kriegs-Revolutionärskomitee unter Vorsitz der Abgeordneten des kaiserlichen Dumas für die nächste Zusammenkunft des Reichstages in Petrograd und die anschließende Zusammenkunft der Reichstagsmitglieder in Moskau hat. Das Komitee besteht aus jungen Männern des Reichstages in den Klassen besetzten und hat die Aufgabe, die Zusammenkunft der Reichstagsmitglieder in Moskau zu organisieren.

Der in Moskau abgehaltene allgemeine Sowjetkongress hat am 2. Juli folgende Resolutionen mit „überwältigender Mehrheit“ angenommen:

Die höchste Selbstverwaltung der Arbeiter und Soldaten soll die Befugnisse der zentralen und lokalen Organe des Reiches der Sowjetunion und der Befugnisse der lokalen Organe der Sowjetunion der Arbeiter und Soldaten, das Land nicht in einen neuen Krieg hineinzuziehen zu lassen. Das Hauptziel der Sowjetunion soll die Befreiung des Landes von der Herrschaft der Bourgeoisie sein. Das Hauptziel der Sowjetunion soll die Befreiung des Landes von der Herrschaft der Bourgeoisie sein.

gegen die Volksfeinde verfahren, die das Vaterland zugunsten der Nationalisten der einen oder der andern Koalition verraten. Die Landesversammlung billigt gleichzeitige die Ernährungs- und Schaffung von Komitees armer Bauern, die nicht die Arbeit der Armen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zur neuen Ernte erstreckt, ist der härteste für die Arbeiterbevölkerung der Städte. Die tatkräftigsten Maßnahmen werden zur Bekämpfung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und ihrer Agenten ergriffen werden, die aus der augenblicklichen Lage Nutzen zu ziehen versuchen. Die Landesversammlung ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einstimmig für die Sowjets einzutreten.

Zwangsmonarchie für Finnland.

Die finnischen Parteien haben sich gegen die Politik, ihr Land zur Monarchie zu formen, gewehrt. Für den Plan der Königsmacher war keine Mehrheit zu haben. Jetzt soll Gewalt angewandt werden, sie zur Willigkeit zu bekehren. Von außen her wird eingegriffen. Man sperrt die Hilfe, um die Widerstreben in die Knie zu zwingen.

Die „Svenska Dagbladet“ aus Helsingfors erzählt, erklärte Senator Setälä in Wiborg, daß es für die finnische Regierung nahezu unmöglich sei, eine äußere Hilfe zu bekommen, die Finnland brauche. Könne die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zeit entschieden werden, so hätte die Regierung weitere Arbeit für sich.

Am Montagabend besprach die Regierung mit den Landtagsgruppen in einer geheimen Konferenz die Regierungsform. Dabei teilte Regierungschef Koskenniemi mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Kabinettsfrage zu machen. Die Republikaner betonen, dies sei illegal, und verlangen eine Volksabstimmung, vor der sich jedermann beugen werde.

Die „Nordische Allgemeine Zeitung“ hängt diesen Mitteilungen des „Svenska Dagbladet“ zwei weitere Angaben zur Seite an. Erstens: der Seniorensenator des finnischen Landtags habe in einem Aufruf ermahnt, in der

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 163.

Magdeburg, Sonntag, den 14. Juli 1918.

29. Jahrgang.

Die Steuermilliarden.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung.

Berlin, 12. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Graf Roederer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

General v. Wrisberg, daß die Behauptung des Abgeordneten Scheidemann in seiner letzten Rede, der Presse sei verboten, über die Kriegsangriffe auf offene Städte zu berichten, so daß man in Berlin gar nicht erfahre, was in Süddeutschland an Frauen und Kindern durch solche Angriffe gemordet werde, der Begründung entbehre. (Widerspruch links.)

Anfragen.

Die Abg. Noke (Soz.) und Cohen (Soz.) verweisen auf die in Warschau und Lodz offen angeschlagenen Aufrufe zu Pogromen. Diese aufreizenden Aufrufe konnten drei Tage lang an allen Ecken und Enden prangen, bevor sie entfernt wurden. Den jüdischen Zeitungen Polens wurde von der Zensur verboten, irgend etwas über die Pogromplakate zu schreiben, während eine in Lodz erscheinende polnische Zeitung sie im Wortlaut wiedergeben und hinzuzufügen konnte, der Inhalt entspreche der Stimmung der polnischen Massen.

Unterstaatssekretär Sewald: Es ist richtig, daß Flugblätter, in denen zur Vertilgung der jüdischen Wände aufgerufen wird, in den letzten Monaten wiederholt nachts in Warschau angeschlagen worden sind. In Lodz ist das polizeilich nicht festgestellt worden; hierzu war ein ausdrücklicher Befehl ergangen. Bei der Ausdehnung von Warschau und bei der geringen Zahl deutscher Polizeimannschaften ist es immerhin möglich, daß an den wenig belebten Stellen der Stadt die Aufrufe nicht sofort entfernt worden sind. Die Behauptung, daß jüdischen Zeitungen verboten worden ist, irgend etwas über die Flugblätter zu schreiben, entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Gothein (Fortfchr. Sp.) beschwert sich, daß im Bereich des Stettiner Generalkommandos den zum Heeresdienst in der Heimat eingezogenen Rechtsanwälten das Auftreten vor Gericht verboten wird, wenn sie für die Volkspartei tätig sind, und daß ihr Auftreten durch untergeordnete Organe kontrolliert wird.

General v. Wrisberg befragt die Richtigkeit dieser Tatsachen. Abg. Gothein (zur Ergänzung) weist auf verschiedene Fälle in denen einzelnen Anwälten die Genehmigung zum Auftreten vor Gericht verweigert worden ist, und auf einen Befehl des erziehenden Generalkommandos in Stettin, wonach das ordentliche Kriegsgericht das Verfahren auch dann nicht erteilen kann, wenn es von der Anwaltschaft eines Angeklagten zeugt ist. (Hört, hört! links.)

General v. Wrisberg: Ich kann darauf nicht antworten, das Material steht mir nicht zur Verfügung. (Anruhe links.)

Abg. Gothein (zur Ergänzung): Ich habe das Material Namensnennung vor einiger Zeit dem Kriegsministerium gegeben.

General v. Wrisberg: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen. (Große Anruhe links, Ruhe: Ungehört!)

Abg. Weinhausen (Fortfchr. Sp.) beschwert sich darüber, daß in den Reichs- und Provinzialstädten sich schon seit Monaten heimlich beim Reichswirtschaftsrat und bei der Zentralkaufmannschaft um eine Beteiligung bei der Ausfuhr des Zuckers aus der Ukraine bemühen.

Scheidemann u. Simson: Die Verhältnisse in der Ukraine liegen leider für eine Betätigung des deutschen Handels keinen Raum, da die ukrainische Regierung die Ausfuhr selbst in die Hand genommen hat.

Die Abg. Dr. Müller (Meiningen, Fortfchr. Sp.), Gold (natl.), Stücken (Soz.), Dr. Wirth (Frt.) weisen darauf hin, daß in der Sitzung vom 12. Juni seitens der Militärverwaltung gesagt wurde, ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Reichstagsabgeordneten bestehe nicht. Es werden aber von vielen militärischen Stellen Angehörige der Armee mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht, falls sie mit Reichstagsabgeordneten in Verkehr treten. Was gebietet der Reichskanzler zu tun, um Offiziere und Mannschaften gegen diese Uebergriffe kurzfristiger Vorkehrungen zu sichern.

General v. Wrisberg: Solchen Fällen kann nur nachgegangen werden, wenn dem Kriegsministerium nähere Angaben darüber gemacht werden.

Abg. Müller (Meiningen, Fortfchr. Sp.): Bestehen in einzelnen Truppenteilen besondere Verbote über den Verkehr zwischen Heeresangehörigen und Abgeordneten?

General v. Wrisberg: Der Heeresverwaltung ist nicht bekannt, daß Sonderverbote bestehen.

Abg. Dr. Müller (Meiningen, zur Ergänzung): In Tausenden von Frontbriefen, Briefen aus der Stappe und den Garnisonen wird Klage über das Verbot des Verkehrs zwischen Abgeordneten und Soldaten geführt.

General v. Wrisberg: Wenn der Heeresverwaltung solche Fälle vorliegen, werden sie nachgeprüft werden. Jedenfalls kann Bestrafungen nur nachgegangen werden, wenn im Kriegsministerium nähere Angaben über den einzelnen Fall gemacht werden.

Die Abg. Stücken und Wels (Soz.) verweisen darauf, daß bei manchen Gefangenen-Ueberwachungsstationen allen Mannschaften der Urlaub gesperrt wird, wenn Entweichungen von Gefangenen vorkommen.

Oberst v. Franke erwidert, daß Fälle, in denen eine allgemeine Nachlässigkeit der Wachmannschaft festgestellt werden kann, sich wohl ergeben können, und daß eine vorübergehende Verschiebung des Urlaubs zum Zwecke der Untersuchung ausgingig sein könne. Nicht zu billigen wäre eine Urlaubs-Zurückziehung aller Mannschaften, ohne daß ein Zwang der Grund vorläge.

Abg. Kuffel (Unabh. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß den in der Ukraine befindlichen deutschen Soldaten ihre Wohnung in österreichischer Währung ausgezahlt wird, wodurch sie bei dem Kursrückgang der österreichischen Währung geschädigt werden.

General v. Wrisberg: Durch eine Verfügung vom 18. April ist angeordnet worden, die Wohnung nicht mehr in Kronen auszuzahlen.

Präsident Scheidemann teilt mit, daß einzelne Anfragen, die das Auswärtige Amt betreffen, zurückgestellt werden müssen, da niemand vom Auswärtigen Amt anwesend sei.

Es folgt die

§ 132 handelt von der Bewertung des Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen. Der Bundesrat wird ermächtigt, auch die Abgabe solchen Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen zuzulassen, der in öffentlichen Krankenhäusern, Entbindungshäusern und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verbraucht wird.

Ein Schlußabsatz dieses Paragraphen besagt, daß den Krankenkassen für jedes Mitglied und Jahr 1 Mark als Rückvergütung aus der Monopollasse zu zahlen ist.

Mit der Aussprache verbunden wird § 252 b, der die Aufwendungen für Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke enthält.

Ein Antrag Dr. Wund (Fortfchr. Sp.) will den Schlußabsatz des § 132 ganz streichen, dafür aber im § 252 b einfügen, daß 8 Millionen Mark aus der Monopollasse jährlich zur Ermäßigung der Kosten für alkoholhaltige Heilmittel für die minderbemittelten Volksteile, insbesondere die Mitglieder der Krankenkassen und Knappschaftskassen, zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abg. Dr. Wund (Fortfchr. Sp.): Es handelt sich darum, daß den minderbemittelten Bevölkerungsteilen aus der Besteuerung der Arzneimittel, die die Vorlage mit sich bringen wird, keine Belastung entsteht. Die Formulierung des Ausschusses genügt nicht, weil sie lediglich den Krankenkassen und Knappschaftskassen eine Rückvergütung gewähren will, während der Meinung sind, daß diese Rückvergütung allgemein den minderbemittelten Volksteilen gewährt werden muß.

Abg. Wacker (Arnberg, Frt.) hält den Antrag Wund für praktisch unbrauchbar und bittet, es bei dem Beschluß des Ausschusses zu belassen.

Ministerialdirektor Meißel tritt für den Antrag Wund ein.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt, im § 252 b statt 8 Millionen 16 Millionen zu bewilligen.

Mit dieser Änderung wird der Antrag Wund nach Streichung des letzten Absatzes in § 132 angenommen, so daß also 16 Millionen Mark zur Ermäßigung der Kosten der alkoholischen Heilmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Die Debatte über die §§ 135 und 146 bis 151 wird verbunden.

§ 135 bestimmt, daß für die Effigierung der Alkohol zu ermäßigtem Preise von der Monopolverwaltung abgegeben werden soll, um diese wettbewerbsfähig zu erhalten gegenüber der chemischen Industrie.

In den §§ 149 a und b wird die Kontingentierung der Effigierung eingeführt und dahin geregelt, daß Bezugsrechte für die Garungs- und Betriebsrechte für die Holzgeistindustrie gebildet werden.

Ein Antrag Dr. Wund besagt: Die Bezugsrechte sind unbestimmbar übertragbar und auf Antrag auf Betriebsrechte anzuzurechnen.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Die Tendenz des Entwurfs ist darauf abgesehen, die Spiritusproduktion zu schützen gegen die neu aufkommene chemische Industrie, die aus Kohle und Kalk Spiritus machen will. Die Regierung ist bereit, bis zum Preise von 120 Mark für den hektoliter Alkohol zur Effigierung herunterzugehen gegenüber dem hektoliterpreis von 1000 Mark bei Alkohol für Trinkzwecke. Außerdem ist die Effigierung die auf chemischem Wege erzeugt wird, mit einer Verbrauchsabgabe von 160 Mark belastet. Das ist die Falle, in die die Leute, die von den Dingen nichts verstehen, hineingelockt werden. Wenn diese Paragraphen angenommen werden, wird die Karbidessigindustrie schwer geschädigt zugunsten der Kartoffelbrennerei. Die Karbidessigindustrie ist dadurch, daß ihre Erzeugnisse von der Heeresverwaltung verbraucht werden, verhindert gewesen, in der Kriegszeit Speiseessig unter Verbrauchsabgabe zu liefern. Das wird jetzt dazu benutzt, um sie von der Kontingentierung, d. h. vom Markt auszuschließen, weil wir eben kein Bezugsrecht bekommen. Wir beantragen daher, damit die Holzgeistindustrie nicht der Karbidessigindustrie die Bezugsrechte wegnimmt, die Bezugsrechte für die Holzgeistindustrie zu sperren.

Der Antrag Wund wird angenommen, im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse bestätigt.

§ 233 handelt von der Uebertragung von Brennrechten.

Abg. Reus (Soz.) wünscht, unter Voraussetzung auf einen besondern Fall in Dessau, daß auch Betriebe die bisher noch kein Brennrecht besitzen, Brennrechte erwerben können.

Abg. Kretsch (Frt.): Die gewerblichen Brennereien haben ein großes Interesse daran, davor geschützt zu werden, daß auch Zuckerraffinerien Brennrechte erwerben.

§ 238 wird angenommen.

Bei § 252 b, der u. a. bestimmt, daß aus der Monopollasse jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht und ihrer Ursachen sowie zur Tilgung der durch die Trunksucht herbeigeführten Schäden dem Reichskanzler zur Verfügung zu stellen sind, findet eine Abstimmung durch Hammerstimmung statt.

Die 4 Millionen werden mit 161 Stimmen gegen 121 Stimmen bewilligt.

Zur übrigen wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Abänderung

des Gesetzes über den Abfah von Ralfsalzen.

Die Kommission hat die in der Vorlage enthaltenen Sätze etwas vermindert.

Abg. v. Brodhanen (Frt.) wünscht, daß die Sätze der Regierungsvorlage wiederhergestellt werden, sonst müßten die Arbeiterlöhne wieder ermäßigt werden.

Abg. Gothein (Fortfchr. Sp.) wendet sich gegen die Wiederherstellung der Sätze und beantragt Teuerungszulagen für die Beamten.

Abg. Dr. Frecht (D. Frt.) unterstützt den Antrag Brodhanen. Ministerialdirektor Müller bittet ebenfalls um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Wels (Soz.) widerspricht der Auffassung, daß die im Gesetz genannten Löhne Höchstlöhne seien, es handelt sich hierbei nach der Auffassung des Gesetzgebers und der Kommission um Mindestlöhne. Dem Antrag Gothein auf Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten treten meine Freunde bei. Die Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage ist um so mehr notwendig, als sonst das Gesetz jetzt nicht zustande kommt, die Ralfsalzsteuer, die schon so lange auf eine Zulage warten, ihrer aber dringend bedürfen.

Abg. Wels (Unabh. Soz.): Die Ralfsalzsteuer, die die Kommission festgesetzt hat, genügt. Auch bei ihnen können die höchsten Löhne den Arbeitern sehr wohl gezahlt werden.

Das Gesetz wird darauf sofort in dritter Lesung angenommen. Da ein Vertreter des Auswärtigen Amtes inzwischen erschienen ist, wird zu den kleinen Anfragen zurückgekehrt.

Abg. Pfeiffer (Fortfchr. Sp.) fragt wegen des Schicksals der in den italienischen Kolonien zurückgehaltenen Deutschen.

Ministerialdirektor Kriege erklärt, daß Verhandlungen über die Verbringung dieser Deutschen nach Italien im Gange seien.

Abg. v. Richthofen (natl.) fragt wegen der Schädigung deutschen Eigentums im Fürstentum Monaco an.

Ministerialdirektor Kriege: Wenn nicht von Monaco binnen kürzester Frist volle Entschädigung gewährt wird, wird das in unserem Bereich befindliche monogastische Eigentum, speziell das des Fürsten, beschlagnahmt werden.

Hierauf wird das Gesetz über die Zusammenfassung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen in dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgen Abstimmungen über Resolutionen zur Ernährungsfrage, von denen eine Anzahl angenommen, einige abgelehnt werden.

Angenommen wird ferner eine Resolution, die eine stärkere Kohlenförderung durch Heranziehung von Gefangenen und von Angehörigen des Heeres zur Kohlenförderung fordert.

Weiter wird angenommen eine Resolution, die von der Reichsregierung die Befreiung der Deutschen zu befreien wünscht, die weniger als 1200 Mark Einkommen haben und diejenigen, die in dem vom Feinde besetzten Gebieten (Ostpreußen) wohnen.

Graf Westarp beantragt zur Geschäftsordnung, die Abstimmung über die Resolution zur Ernährungsfrage zu wiederholen, da das Haus sich bei dieser Abstimmung nicht beteuert gewesen wäre, worüber es abstimmt. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.) widerspricht der Wiederholung. Ein solcher Vorgang würde uns auf eine schiefe Ebene führen. Es folgt die

dritte Lesung der Steuerborlage.

Abg. Reil (Soz.): Die Zeit zur Beratung dieser umfangreichen Steuergesetze war zu kurz. Um Härten zu vermeiden, ist in vielen Fällen dem Bundesrat in übermäßigem Umfang Vollmacht erteilt. Wir sprechen den Wunsch aus, daß uns in Zukunft solche Steuerborlagen rechtzeitig vorgelegt werden mögen. (Allseitige Zustimmung.) Eine neue Erhebung ist diesmal, daß der Reichstag 1200 Millionen Mark mehr Steuern beschließen hat, als die Regierung vorge schlagen hatte. Dabei hat er noch keinen Pfennig zubiel beschlössen, sondern eher zu wenig. Die Erbschaften wurden bei uns steuerlich gehandhabt, wie in keinem andern Lande Europas. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man belastet fortgesetzt den Verbrauch, anstatt die nahe liegenden Besitztümer heranzuziehen. Hunderte von Millionen Mark werden so während des Krieges der Reichskasse entzogen.

Die Einkommensteuer, die dadurch im Laufe der Zeit erhebt wird, ist ein Tagelohn für ihre Wirkungen haben. Der Resolution, die eine allgemeine Vermögensabgabe zur Abänderung der Kriegsschulden verlangt, stimmen wir zu. Von der außerordentlichen Kriegseinkommensteuer ist, hat man leider das reguläre Einkommen frei gelassen. Dadurch sind wieder sehr große Einkommen der Reichskasse entzogen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß in dem letzten Widerstandes der einzelstaatlichen Finanzminister eine Besteuerung des Reineinkommens und der Vermögen durch das Reich als einmaliger Akt zustande gekommen. Auf die Dauer aber wird sich das Volk die Schonung des Reiches nicht gefallen lassen. Wir werden den Kampf weiter führen um eine Verteilung der Kriegskosten, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Das wird dann der Fall sein, wenn zunächst der Besitz bis an die äußerste Grenze des Zulässigen zur Steuer herangezogen wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Reichsfinanzsekretär Graf Roederer spricht die Zustimmung der Regierung zu den vom Reichstag über die Steuerborlagen hinaus beschlossenen Steuern aus, und erklärt, daß der Reichsfinanzhof nicht in Berlin seinen Sitz haben wird, sondern in Süddeutschland. Ich behaupte, daß die Fraktion des Korrespondenten gegen den größten Teil des Gesetzes stimmen will. Es ist unübersehbar, daß der Bedarf, vor dem wir jetzt stehen, allein durch Besitztümer gedeckt werden könnte. Deshalb war es richtig, bei den Verbrauchssteuern jetzt ganze Arbeit zu machen und dies Gebiet abschließend zu bearbeiten.

Abg. Bernstein (Unabh. Soz.): Der Kriegsschulden werden wir zustimmen. Gäbe man diese Abgabe vom Einkommen und Vermögen so herangezogen, wie wir es wünschen, so hätte man auf die Verbrauchs- und Verzehrssteuern verzichten können, die wir grundsätzlich ablehnen. Ganz besonders ist zu bedauern, daß man nicht darangeht, die Erbschaftsteuern recht kräftig zum Nutzen des Reiches auszubauen. Wir werden immer erneut eine erhöhte Reichsbesitzsteuer verlangen. Auch jetzt bringen wir einen Antrag ein, eine Reichsbesitzsteuer und eine erhöhte Abgabe vom Vermögen zu verlangen. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Die Debatte schließt.

Unter Ablehnung der eben vom Abg. Bernstein erwähnten Anträge gegen die Stimmen der Unabh. Sozialdemokraten und der Sozialdemokraten wird die außerordentliche Kriegsschuldenabgabe angenommen.

Auch die übrigen Steuergesetze werden in dritter Lesung angenommen, das Schaumweinsteuergesetz auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Dem Reichsstempelgesetz liegt ein Antrag Antrieb und Genossen (Soz.) vor, die Einkommen aus dem Fideikommiss zur Steuer mit heranzuziehen.

Abg. Scheidemann (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung.

Reichsfinanzsekretär Graf Roederer: Die Regierung kann diesem Antrage nicht zustimmen. Wenn Sie hier das Einkommen aus Fideikommiss im Vermögensgesetz besteuern, so wäre die Konsequenz, daß man auch jede andre Einkommensteuer in ein solches Vermögensgesetz einarbeiten könnte.

Der Antrag Eberl wird hierauf mit 154 gegen 151 Stimmen bei 2 Stimmentzählungen abgelehnt.

Zu den übrigen Steuern liegen keine Wortmeldungen vor. Die Biersteuer, der Bierzoll, die Weinsteuer, die Steuer auf Mineralwasser, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, die Umsatzsteuer werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabh. Sozialdemokraten angenommen. Gegen die Schaumweinsteuer stimmen nur die Unabh. Sozialdemokraten.

Einmütig angenommen werden die Gesetze über die Steuerpflicht und über den Finanzgerichtshof.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Sonntag, den 10. Uhr (dritte Lesung des Branntweinmonopols, Kriegskredit).

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 163.

Magdeburg, Sonntag den 14. Juli 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 13. Juli 1918.

Der „Segen“ des freien Handels.

Der „Börsen Zeitung“ wird geschrieben: „Wie sich die Verhältnisse auf dem Gemüse- und Obstmarkt entwickeln, wenn beherrschende Höchstpreise fehlen, zeigt ein Blick auf das verbündete Oesterreich. Oesterreich ist in hervorragendem Maße Ueberflussegebiet für Gemüse und Obst. Nach Ablauf des zwei ersten Juniwochen des Jahres 1918 hatte so gut wie niemand in Wien Gemüse oder Früchte gegessen, während in gewöhnlichen Zeiten Wien von dem ersten Junitag an förmlich mit Gemüse aller Art, mit Früchten und Beerenobst aus Böhmen, Mähren, Tirol und Steiermark überschüttet wurde. Allerdings: In einer Anzahl von Feinstoffgeschäften in Wien waren Früchte zu 6 bis 8 Kronen, Wald- und Ananasbeeren zu 7 bis 10 Kronen das Pfund, Gemüse zu ähnlichen Preisen zu haben. Die öffentliche Meinung hatte erreicht, daß die Behörde in diesem Jahre auf Höchstpreise für Frischgemüse und für Früchthof verzichtete, damit die Freiheit des Handels nicht beeinträchtigt werde. Daß der Anblick des unfruchtbar leeren Obstes, das nur „für die Reichen“ bestimmt sei, nicht gerade befriedigend auf die Gemüter der städtischen Bevölkerung wirken mußte, bedarf keiner Begründung. Lange brauchte sich die ärmere Bevölkerung allerdings über den Anblick des teuren Obstes nicht zu ärgern, denn schon nach wenigen Tagen beschwand überhaupt fast jedes Gemüse und Obst. Sämtliche Märkte wurden von Gemüse und Obst so gut wie völlig entblößt. Denn in dem beim Fehlen von Höchstpreisen rücksichtslos entbrannten Wettkampf aller gegen alle legten die gelblichstintigten Großverbraucher, vorwiegend die kriegsgewerblichen Unternehmungen, die sich nun, koste es, was es wolle, den größten Teil der Gemüse- und Obsternie zu sichern verstanden. Gegenüber dem stürmisch von Blättern aller Richtungen und Vertretern aller Parteien geduldeten Verlangen nach Aufhebung der Freiheit des Handels sah sich nun die oberste Behörde, der Minister für Volksernährung in Wien, veranlaßt, höchstnützlich Höchstpreise für Äpfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschen festzusetzen und die Zwangsbeschaffung dieser drei Obstgattungen sowie des Herbstgemüses zu versprechen, damit sich nicht bei der Herbstversorgung die jetzt zutage tretenden Mängel mit ihren unabsehbaren Folgen wiederholen.“

So bewährt sich der freie Handel als Beförderung des Volkes! Trotzdem sehen ganz schlaue Leute in ihm die einzige Rettung. Wenn ihren Wünschen nachgegeben würde, es könnten erbauliche Zustände eintreten.

Arztlicher Sonntagsdienst.

Jeder Arzt beachtet auch am Sonntag Kranke. Wenn aber der meist gewünschte Arzt oder sein Vertreter nicht zu erreichen ist, stehen am morgigen Sonntag von 12 Uhr mittags bis 12 Uhr nachts folgende Ärzte zur Verfügung:

Altstadt bis Königstraße (ausgeschlossen): Sanitätsrat Dr. R. Baas, Kaiser-Wilhelm-Straße 15, Telefon 2060.
Südendurg bis Sandäusweg: Sanitätsrat Dr. P. H. G. Gabel, Adler-Str. 102, Telefon 4854.

Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken.

Am morgigen Sonntag sind den ganzen Tag geöffnet und haben in der darauffolgenden Woche Nachtdienst:

1. Apotheke, Breiter Weg 158.	2. Apotheke, Lauenburger Str. 4.	3. Apotheke, Arndtstraße 39.	4. Apotheke, Lauenburger Str. 1.	5. Apotheke, N. Brüderstr. 3.
6. Apotheke, Breiter Weg 158.	7. Apotheke, Lauenburger Str. 4.	8. Apotheke, Arndtstraße 39.	9. Apotheke, Lauenburger Str. 1.	10. Apotheke, N. Brüderstr. 3.

Bis mittags 1 Uhr sind sämtliche Apotheken geöffnet. Die Apotheken in Friedrichstadt versehen allnächtlich Nachtdienst.

Ausflug des Sozialdemokratischen Vereins. Die Teilnehmer, die gemeinschaftlich den Weg nach der Döppler Wähe zurücklegen wollen, treffen sich nachmittags 1/2 Uhr an folgenden Stellen: Magdeburg-Süd und -Nord: Wilhelmstraße (Bahnhof); Friedrichstadt-Werder: Jollhaus; Alte Neustadt: Kaiser-Wilhelm-Platz; Neue Neustadt: Friedrichsplatz; Südendurg: Alte Brauwerkstraße und Fischstraße; Südan: Wilhelmstraße. Die übrigen Teilnehmer können die Linien 4 und 8 der elektrischen Straßenbahn bis zur Endstation Oberstedter Straße benutzen. Eintrittskarten zum Preise von 20 Pfg. sind bei allen Kassieren und Bestenstellen der Partei erhältlich. Schulpflichtige Kinder sind frei.

Magdeburger Damenchor. Die Mitglieder, Freunde und Angehörige treffen sich am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in der Döppler Wähe.

In den Werkstätten für Kriegsbefähigte. Die bekanntlich in der Fabrikstraße, dem dort befindlichen Jugendheim und eigens errichteten Baracken untergebracht und zu einer großen und vielfältigen Selbstanlage vereinigt sind, werden gegenwärtig rund 120 Kriegsbefähigte beschäftigt, die sich nach in Lazarettplätze befinden. Ihre Arbeitsfähigkeit aber zum Teil oder fast ganz wiedererlangt haben. Sieheht der Zweck des Ganges auch in allererster Linie darin, den invaliden Kriegern die Fähigkeit und das Geschick zur Ausübung einer unabhängigen Tätigkeit im eigenen Interesse wiederzuerlangen und sie planmäßig und ihrer körperlichen Beschaffenheit gemäß dazu anzuleiten und heranzubilden, so verknüpft sich mit dieser Fürsorge doch auch der Gedanke, gleichzeitig ein volkswirtschaftlich wertvolles Werk zu vollziehen, indem durch den Krieg beschädigte wertvolle Kräfte in großer Zahl zu vollwertiger Leistung einwandeln werden. Welche Bedeutung das im gegenwärtigen Augenblick schon hehmet, ist am deutlichsten in der besonders reich ausgestatteten Maschinenhalle ersichtbar, wo Eisen- und Holzmaschinen in großer Zahl angeschlossen sind. Durch zum Teil teilweise Inbetriebnahme, teils teilweise Inbetriebnahme von neuem und zweckmäßigen Betriebsmaschinen sowie laufende Arbeitsaufträge gegen Lohnendes Entgelt haben bereits mehrere Firmen die hier betriebenen Kriegsbefähigten für ihre wertvolle Leistung dankbar. Mit dem höchsten Danke dafür bedankt die Leitung der Werkstätten die Güte und die Hoffnung, daß diese wertvolle Kräfte ihre genaueste Fortbildung und stetige Beschäftigung finden möge.

Ein städtisches Kinderheim in Dersenburg. Der Magistrat in Magdeburg hat als Maßnahme des Kriegsbefähigten das Gebot „zur Linderung“ am Markt zu Dersenburg im Juni gegeben. Es bietet einem Jahrespreis von 1500 Mark und bietet Raum für 50 Betten, die die Stadt Magdeburg auf ihre Kosten neu einrichtet. Die Kosten gehen aus dem Kriegsfonds der Stadt. Das Heim dient Kriegsbefähigten als Unterkunft. Die Einrichtung ist zunächst nur für die Dauer des Krieges gedacht. Das städtische Kinderheim verleiht ebenfalls im städtischen Grundbesitz. Nach dem Krieg ist ein Resten in unmittelbarer Nähe der Stadt geplant.

Vom städtischen Arbeitsnachweis. Das dritte Kriegsjahr hat im Gesamtvermittlungsergebnis infolgedessen eine Verschiebung gebracht, als wieder mehr Stellenangebote als Stellenangebote vorhanden waren. Es kamen im Durchschnitt auf 100 Stellenangebote 107,05 Stellenangebote bei den Männern und 114,31 bei den weiblichen Personen. Die Zahl der Stellenangebote betrug 30 522, die der Gesuche 32 680. Befehlt wurden hier von 26 145, gegen 31 660 im Jahre zuvor. Die in großer Zahl von der Rüstungsindustrie, namentlich von auswärtigen Liegenden Betrieben verlangten Arbeitskräfte konnten erstens wegen des starken Mangels an solchen, zweitens wegen der ungünstigen Ernährungs- und Unterkunftsverhältnisse nur in geringem Maße nachgeliefert werden. Die Vermittlung der Kriegsbefähigten wurde von allen Abteilungen mit regem Interesse ausgeübt. Die Dienstboten-Vermittlung sowie die Gastwirtsabteilung sind in der Vermittlungszahl zurückgegangen, da große Dienstbotennot besteht. Die Löhne für die Dienstboten werden im Bericht als ständig steigend bezeichnet. Gunde von Herrschaften müssen sich jetzt ohne fremde Hilfe begnügen. Die früheren Dienstmädchen haben Stellen bei den Staats- und Stadtbahnen als Schaffnerinnen, bei der Post und im Hilfsdienst als Schreiberrinnen, besonders aber als Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, wo sie höhere Lohn verdienen, gefunden. In der Abteilung für Lehrstellen-Vermittlung konnte trotz aller Bemühungen nur mit wenig Erfolg gearbeitet werden. Der Grund dafür ist in der Hauptsache wohl darin zu suchen, daß die Eltern der schulentlassenen Jugend nicht in der Lage sind, bei der jetzigen Leuerung ihre Kinder 2 bis 3 Jahre auf eigene Kosten zu unterhalten. Die jungen Mädchen sind daher meistens auf sofortigen Verdienst angewiesen. Das machte sich besonders im Schneider- und Putzgewerbe bemerkbar, wo von etwa zwölf Stellen nur zwei besetzt werden konnten. Die Nachfrage nach Kontorstellen bei möglichst jähriger Lehrzeit war bemerkenswert doch konnten solche Stellen nicht besetzt werden. Das Fehlen des beruflich ausgebildeten Nachwuchses in den gewerblichen Betrieben wird sich nach dem Kriege in einer empfindlichen Weise bemerkbar machen.

Beitragigkeit und Wohnungsmarkt. Der Jahresbericht des kaiserlichen Statistischen Amtes über die Bauwirtschaft und den Wohnungsmarkt im Jahre 1917 läßt deutlich eine weitere Verschlechterung der bedrohlichen Zustände erkennen. In 22 großen Städten, für die vergleichbare Angaben vorliegen, wurden im ganzen Jahre 1917 zusammen nur noch 117 Baugenehmigungen für Neubauten von Wohnungsbauern erteilt gegen 640 im Jahre 1916. Ebenso war der Zugang an fertiggestellten Wohngebäuden 1917 durchweg geringer als im Vorjahr. Während im Jahre 1916 in 45 zum Vergleich stehenden Städten nur ein Neunteil soviel Wohngebäude und kaum ein Zwölftel soviel Wohnungen hergestellt wurden wie 1912, erstand im Jahre 1917 bei 37 zum Vergleich stehenden Städten nur noch der 21. Teil der 1912 errichteten Wohngebäude und nur der 36. Teil der 1912 hergestellten Wohnungen. Die Sachlage wird noch ungünstiger, wenn man bedenkt, daß es ja nicht nur auf den absoluten Neuzugang von Wohnungen ankommt, sondern daß hier noch die durch Abbruch, Inanspruchnahme für andere Zwecke u. dergl. wegfallenden Wohnungen in Abzug zu bringen sind. Auch dieser dann verbleibende sogenannte Neuzugang in Wohngebäuden und Wohnungen war 1917 geringer als 1916. Wir stehen also im ganzen vor einem nahezu völligen Stillstand der Bauwirtschaft für Wohnungsbau im vergangenem Jahre. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß auch der Wohnungsmarkt sich immer bedrohlicher gestaltet. Von 44 großen Städten, für die seit den früheren Jahren vergleichbare Angaben vorliegen, hatten 1917 nur noch acht den oft als normal betrachteten Satz von 3 Prozent leerer, dem Bedarf zur Verfügung stehender Wohnungen oder mehr, 1916 dagegen waren dies noch 20 Städte gewesen; 15 von den 44 Städten hatten 1917 sogar nicht einmal 1 Prozent leerstehender Wohnungen, und alle 44, mit Ausnahme von 3, wiesen gegen das Vorjahr einen Rückgang in der Zahl der leerstehenden Wohnungen auf.

Vom Schlacht- und Viehhof. In dem Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg für 1916/17 wird vom Schlacht- und Viehhof folgendes mitgeteilt: Der Gesamtantrieb im Viehhof betrug 192 967 Tiere, und zwar 38 048 Rinder, 408 Jungkinder, 10 092 Kälber, 108 006 Schweine und 36 413 Schafe. Hier von wurden 30 058 Rinder, — Jungkinder, 2288 Kälber, 84 431 Schweine und 23 989 Schafe, zusammen 140 766 Tiere, an die Seeresverwaltung bzw. an andere Gemeinden wieder verkauft. Der Gesamtantrieb hatte gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 3,713 Prozent (= 7432 Tiere). Die Schlachtungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 59,802 Prozent ab (= 87 267 Tiere). Die Abnahme betrug bei Rindern 68,418 Prozent (= 19 194 Stück), bei Jungkinder 92,032 Prozent (= 3054 Stück), bei Kälbern 58,755 Prozent (= 11 767 Stück), bei Schweinen 61,740 Prozent (= 44 458 Stück), bei Schafen 40,829 Prozent (= 8778 Stück) und bei Ziegen 79,527 Prozent (= 303 Stück). Bei Pferden war eine Zunahme von 36,363 Prozent (= 212 Stück) und bei Hunden eine solche von 177,272 Prozent (= 105 Stück) zu verzeichnen. Im Schlachthof einschließlich der Schlachtvieh- und Fleischschau ergibt sich ein Fehlbetrag von 205 105,55 Mark gegenüber dem Sollbetrag, während im Vorjahr außer einer 4prozentigen Verzinsung des Anlagekapitals noch ein Ueberschuß von 31 825,62 Mark vorhanden war. Für das Jahr 1916 betrug der Verbrauch an frischem Fleisch in Magdeburg ohne Rücksicht auf diejenigen Mengen Fleisch, welche für die Seeresverwaltung und Verlegung der Städte mit Dauerfleisch eingeführt wurde, 19,18 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung. Eine Verrechnung auf gleicher Grundlage ergab im Betriebsjahr 1916 einen Verbrauch von 50,58 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung, für 1914: 72,30 Kilogramm.

Lebensmittelmarken entwendet. Das Landgericht Magdeburg verurteilte unter dem 15. April dieses Jahres drei Scheuerfrauen wegen Diebstahls und Unterjochung eine zu 8 Monaten, die beiden andern zu je 6 Monaten Gefängnis. Sie hatten in dem städtischen Lebensmittelamt zu Magdeburg, mit Reimeisen besetzt, große Mengen von Lebensmittel-Marken entwendet, und zwar hatten sie diese in Abwesenheit der Beamtinnen aus den dazu bestimmten Schränken und Kästen herausgenommen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß diese Behälter zeitweise offengeblieben haben, wurde nur ein einfacher Diebstahl angenommen. Die Brotkarten, die bereits abgehempelt waren und nur noch mit Namen und Nummer versehen zu werden brauchten, waren nicht, wie die Angeklagten in ihrer beim Reichsgericht eingeleiteten Revision behaupteten, lediglich als für den Gebrauch der Behörde bestimmte Formulare anzusehen, sondern als Jochstücke, die von der Behörde ausgegeben werden sollten, also als Urkunden bzw. als Gegenstände, die sich in amtlicher Verwahrung befanden. Der Anrede der Angeklagten, sie hätten die Karten und Marken in den Papierkörben und unter den Schreibtischklappen der Beamtinnen gefunden, kann kein Glauben geschenkt werden. Die gemündliche Ansicht wurde darin erwidert, daß die Angeklagten gegen Abgabe der Marken Lebensmittel, Brot und Fleisch zu den niedrigsten Höchstpreisen erhalten konnten, während sie ohne diese Marken die Waren im Wege des Schwarzhandels zu weit höheren Preisen hätten beziehen müssen. Die Revision wurde verworfen.

Die Einlösungspflicht für Zweimarkstücke. Nach der Bekanntmachung betreffend die Ausfertigung der Zweimarkstücke vom 12. Juli 1917 ist die Frist zur Einlösung am 1. Juli d. J. abgelaufen. Auf Grund der im § 4 dieser Bekanntmachung dem Reichsfiskus erteilten Ermächtigung ist jedoch laut Bekanntmachung vom 1. Juni 1918 für diejenigen Zweimarkstücke, für welche glaubhaft gemacht wird, daß sie aus den deutschen Schutzgebieten oder aus dem Ausland nach dem 1. Juli 1918 eingegangen sind, die Einlösungspflicht bis zum 1. Juli 1919 verlängert. Die Einlösung solcher Stücke erfolgt nur bei der Reichshauptkasse in Berlin SW 19, Oberwallstraße 3, an die etwaige derartige Anträge zu verweisen sind.

Postverkehr mit der Ukraine. Der Postverkehr zwischen Deutschland und der Ukraine wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Er wird sich vorläufig auf die Beförderung von gewöhnlichen Briefen, Postkarten und Warenproben beschränken. Für den neuen Postverkehr sind die deutsche und die russische Sprache zugelassen.

Auf eine Fahrplanänderung weist die Eisenbahndirektion im Inzeratteil hin.

Die Angestellten und die Kleiderabgabe. Der Ausschuss der vereinigten Angestelltenverbände in Berlin hat eine dringliche Eingabe an die Reichsbefehlshaberstelle eingereicht, der die folgenden Forderungen entzogen: 1. Wenn eine Beschlagnahme der Kleider erfolgt, dann ist diese von einer bestimmten Einkommensgrenze abhängig zu machen. Alle Angestellten, deren Einkommen im Jahre 1914 weniger als 5000 Mark betragen hat, sind von der Beschlagnahme zu befreien. 2. Bei der Verteilung der durch Sammlung oder Beschlagnahme zusammengekommenen Bestände sind nicht nur die Soldaten, sondern auch Angestellte, deren jähriges Einkommen weniger als 5000 Mark beträgt, zu berücksichtigen. 3. Alle Angestellten, deren Friedenseinkommen weniger als 5000 Mark betragen hat, sind von einer Bestandsaufnahme grundsätzlich zu befreien. Es wird ferner in der Eingabe auf die Bestände der Militärbehörden hingewiesen, die in stärkerem Maße herangezogen werden können. Die fünften und sechsten Garnituren, die teilweise noch die Kamern der Militärbehörden füllen, würden für Arbeitszwecke in Fabriken sehr gute Dienste leisten. Endlich wird noch der Wunsch ausgesprochen, daß zu etwaigen Verteilungen, die in so starkem Maße in das Interesse der Angestellten hineingreifen, auch die Angestellten hinzugezogen werden müßten.

Freibankfleischverkauf. Dienstag den 16. Juli, vormittags 1253 bis 1266, nachmittags 1267 bis 1280. Verkaufszeit: vormittags 9 bis 11 Uhr, nachmittags 3 bis 5 Uhr.

Gefohlen wurden: am 11. d. M. aus einem Baden an Breiten Weg ein goldener Trauring; aus einer Wohnung in der Fabrikstraße ein Paar Damenschmuckstücke mit Schlappen; an der Straßenbahnhaltestelle auf dem Alten Markt einer Frau aus der Hardestraße ein rotbraunes Geldtäschchen mit etwa 7 Mark und einem goldenen Trauring; in der Nacht zum 11. aus einem Keller in der Kühlenstraße 12 Flaschen Wein; in der Nacht zum 12. aus einem Keller in der Böttcherstraße und am Altstädtischen Platz etwa 20 Flaschen Wein eine Flasche Cognak und eine Flasche Wraak; in der Nacht zum 13. aus einem Stall in Pfeffer zwei Schweine, die an Ort und Stelle geschlachtet sind.

Verhaftet wurde der Arbeiter Walter Reuschardt von hier, der eine Frau in der Großen Straße um 1400 Mark betrogen und noch eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr zu verbüßen hat. Bei seiner Festnahme leistete er heftigen Widerstand.

Ausstehende Krankheiten. In der Woche vom 7. bis 13. Juli wurden in Magdeburg amtlich gemeldet 20 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Diphtherie, 2 Erkrankungen an Scharlach, 1 Erkrankung an Kindbettfieber, 8 Todesfälle an Augenschwindsucht und 2 Erkrankungen an Unterleibstypus.

Theater, Konzerte u.

Besprechungen.

Städtisches Orchester. Der zweite Operabend, den Kapellmeister Blummann im Stadttheatergarten geben gab, brachte eine Menge der einschlägigen Literatur im bunten Wechsel eines umfangreichen Programms, gewissermaßen Stichproben verschiedener Zeitperioden. Aus der reichen Zahl der ausgewählten Opernbeispiele seien genannt die Operette zu Strauss' Oper „Das goldene Kreuz“, deren mächtig hoch gesteckte musikalischen Ziele trotzdem heute noch Intereß erregen, ferner Kiffers tief empfundenes im Instrumentalstil Wagner's gehaltenes Vorspiel zum dritten Akte der Oper „Kunigild“, d'Albert's sehr gewandt orchestrierte Operette zum „Improbator“, eine „Gesangselmann“-Musik Kienzls, endlich Überwiesers zum „Freischütz“, zur „Weißen Dame“, zu „Mignon“ usw. Auch spanische Musik aus Opern erfüllt das Programm. Mit dem Erfolg beim Publikum der Kapellmeister Blummann wohl zufrieden sein. Man hätte nicht nur bei Neuhörschen, deren Schnelldereinstellung jeden musikalisch Halbtalente in begeisterte Ekstase versetzt, sondern auch bei der wenig geschickten Kunigild-Musik zu erkennen. Uebrigens war vieles sehr beifallswert und prächtig, wurde auch manches direkt gehoben durch den Intellekt des Dirigenten besonders bei der klassischen Musik.

Mitteilungen der Direktionen.

Sittoria-Theater. Der Spielplan der nächsten Woche bringt am Montag eine Wiederholung des beliebten Sudermann'schen Schauspiel „Die Schmetterschläger“, am Dienstag die letzte Aufführung des literarisch wertvollen Schauspiel von Herbert Eulenberg „Schöne“, am Mittwoch im Aufspielung Gustav Freytags „Die Journalisten“, am Donnerstag „Die Waffner“. Der beliebte Charakterdarsteller und Spielleiter Friedrich Hübner hat für seinen am Freitag stattfindenden Operabend „Der Jubiläumskammer“ ein Schauspiel des in allen Kreisen weitbekannten Schriftstellers Walter Bloem — gewählt.

Zentraltheater. Nachspielplan. Sonntag 3 und 7 Uhr, sowie Montag bis einschließlich Freitag: Ranon. — Dienstag: Benefiz für Walter Freytag. — Donnerstag: Benefiz für Frau Sedemann. — Freitag: Jubiläumsvorstellung, 50. Aufführung.

Städtisches Orchester. Sommerkonzerte Dienstag und Freitag 7 Uhr Stadttheatergarten, Mittwoch 4 Uhr Salzquell. Donnerstag 5 Uhr Vogelgefang.

Bereins-Kalender.

Südendurger Arb.-Jüngerverein. Sonntag, 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, Treffpunkt in der Döppler Wähe. **Mag. Kranken- u. Sterbehilfe der Metallarbeiter (St. Pauli).** Sonntag, 14. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung bei Edler. **Schneiders.** Reichsbund der Kriegsbefähigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Sonntag vormittags 10 Uhr Versammlung im „Stadtper“.

Wettervorhersage.

Sonntag den 14. Juli: Wolke, tagsüber warm, zeitweise Regen, vereinzelt Gewitter.

Gummiringe für Einmachegläser
hält stets am Lager
Eduard Wild,
1745 Sudenburg,
Salberstädter Str. 46.

Subboden-Verfärbung
alte, schnelltr. Dual, Pfd. 7.50
Horn, Musche, Wilhelmstr. 11.
Wir offerieren für Wieder-
verkäufer
**Gummisohlen, Leder-
erlassohlen, Press-
lederabzüge, Sätze u.
Sohlenstifte**
so... ein gr. Lager Pantinen.
Waren-Einkauf- u. Verkaufszentrale
Ba. gros G. m. b. H. Export
Magdeburg, Franzstraße 7.
Fernsprecher 7663.

Nou eingetroffen:
Odeon Schallplatten
Rose von Stambal,
Dreimäderlklaus,
Drei alte Schachteln,
Schwarzwalddmadel,
Tolle Komtes,
Tänze, Marsche etc.
Sprechmaschinenmadeln,
Mundharmonika,
Großes Lager in allen
Preislagen. 1794

Odeon Musikhaus
Robert Bensch
Breiteweg 258. Tel. 2798.

Weiß Japan-Emaillelack
prima Qualität, Pfd. 14 Mf.
Herm. Musche, Wilhelmstr. 11.

Alte Schallplatten
und Bruch kauft ständig zu
höchsten Preisen 1798
Kilo 1.75 Mf.
Musikhaus Weber
Königsplatz 9.

Limonaden
Schillers Weinhandlung,
Reinhardt, Bürgerhof. Große Mühlstraße 11.

Raninchen-Ausstellung
Am Sonntag den 14. Juli findet
im Garten zum weißen Hof eine
Raninchen-Ausstellung
statt, veranstaltet vom Raninchen-
züchter-Verein Dessau. ...
Es ladet freundlich ein 5005 Der Vorstand.

Obst- und Gemüsehändlerverein
Magdeburg.
Montag den 15. Juli, abends 8 Uhr
Versammlung
im obern Saale der „Reichshalle“.
Wegen der wichtigen Tagesordnung, die in der Ver-
sammlung bekanntgegeben wird, ist es Pflicht aller Mitglieder,
pünktlich zu erscheinen.
Eintritt nur für Mitglieder und solche, die es werden
wollen. Mitgliedskarte ist vorzuzeigen. 1875
Der Vorstand.
F. A. A. Sulzbeck, Vorsitzender, Schwibbogen 3.

Halberstädter Bau- u. Sparverein
Vorwärts.
Außerordentliche Generalversammlung
am Montag den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im „Diener Hof“, Bühlinger Straße.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand der Genossenschaft. 2. Bericht an den
Revisionsvorstand. 3. Die Erweiterung von Bankguthaben.
Die Mitglieder ladet zu zahlreichem Besuch ein
Der Aufsichtsrat. F. Weber, Vorsitzender.

Arbeitsmarkt
Böttcher,
Akkordarbeiter (auch Urlauber),
kräftige Frauen
steht ein
Eblagerhaus - Aktiengesellschaft
Friedrichstraße 24

Kaufe Pfandscheine
sämtlicher Leihhäuser.
Bald die höchsten Preise.
Max Eckstein
Königsplatz 5

Wegen Aufgabe meines
Handel-Geschäfts
müssen alle Pfänder bis zum
30. Juli 1918 eingelöst sein.
M. Korn
Franziskanerstr. 3a.
Geschäft von morgens 10 Uhr
bis nachmittags 6 Uhr, Sonntags
von 11 bis 1 Uhr. 1896
Elegante Uhrenten für
Herren und Damen. Kolliers,
Armbänder, Medaillons aus
Kinge sind noch billig zu
verkaufen.

Ein- und Verkäufe
Laden
mit Ladenstube bjm. Küche in
sehr guter Geschäftslage z. I. Df.
billig z. verm. Anfrag. erb. unt.
B 4991 an die Exped. d. Bl. 4991

Plätterei
u. Wäscherei, durchaus sichere
Ergebnisse m. hoh. Kleinrenten-
bill. z. verm. Bill. Miete. Näh-
zu erfahren unter B 4992 an die
Expedition dieses Blattes. 4992

Wohnhäuser
mit hohem Ueberfluß als gut
verzinsh. Kapitalanlage ha-
ben in allen Stadtlagen bei
mäßiger Anzahlung und ge-
gebenen Hypotheken Kosten-
frei nachzuweisen. 1789
Otto Heinrichs,
Kaiserstraße 14 (gegr. 1898).
Beste Referenzen.

mit Himbeer-, Zitronen- und
Apfelsinen-Aroma. Flaschen
mitbringen. 1773

Möbel und Polsterwaren in 4 Etagen
Auf Kredit!
und gegen Barzahlung
Möbel!

1 Wohnungseinrichtung
bestehend aus:
1 nußb. Bettstelle
1 Matratze
1 nußb. Kleiderschrank
1 nußb. Spiegelschrank
1 Spiegel
4 Stühlen
1 Chaiselongue
1 Tisch
1 Küchenschiff
1 Küchenschiff
2 Küchenschiffen
Anzahlung 200 Mark
Wochenrate 6 Mark

1 Wohnungseinrichtung
bestehend aus:
2 nußb. Bettstellen
2 Matratzen
1 nußb. Schrank
1 Vertiko
1 nußb. Spiegelschrank
1 Spiegel, 4 Stühlen
1 Chaiselongue, 1 Tisch
1 Küchenschiff, 1 Tisch
1 Rahmen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
Anzahlung 350 Mark
Wochenrate 10 Mark

1 Wohnungseinrichtung, bestehend aus:
1 Schrank, gelegebar, eiche, 2 hohen Bettstellen, eiche, 2 Spiral-
matratzen, 2 Auflegematratzen, Steilig, 1 Waschtisch mit
Spiegel, 1 Schrank, 1 Vertiko, nußb. furniert, 1 Armeum
mit Konsole, 1 Blüschlofa, 1 Sofa, 4 Stühlen, 1 Küchen-
schiff, 1 Tisch, 2 Stühlen, 1 Rahmen, 1 Handtuchhalter
Anzahlung 600 Mark Monatsrate 60 Mark

1 Wohnungseinrichtung, bestehend aus
1 Schlafzimmer (eiche): 1 gr. Schrank m. Spiegel, 2 hohen
Bettstellen, 2 Spiral-, 2 Auflege-Matratzen, Steilig, 1 Wasch-
kommode mit hohem Marmor- und Spiegelaufsatz, 2 Nach-
schränkchen, 2 Marmortafeln, 2 Stühlen
1 Wohnzimmer, nußbaum furniert: 1 Schrank, 1 Vertiko
mit Bergelassung, 1 Blüschlofa, 1 Umbau, 1 Armeum m. Konf.,
1 Sofa-Ausziehtisch, 4 Hochstühlen
1 Küche, mod. Anstrich, mit schöner Bergelassung, 1 Küchen-
schiff, 1 Küchenschiff, 2 Stühlen, 1 Handtuchhalter, 1 Rahmen
Anzahlung 1000 Mark Monatsrate 90 Mark

Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen
Einzelmöbel
wie: Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen,
Spiegel, Armeums, Chaiselongues, Flurgarderoben usw.

Größtes Kredithaus in Magdeburg
S. Osswald
Waren-Kredit-Gesellschaft 298
14 u. 15 Alte Ulrichstraße 14 u. 15
Kredit nach auswärts!
Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet!

Arbeiterinnen
Sortierinnen und Maschinenkopferinnen
für dauernde Arbeit stellt jederzeit ein 1898
Sackbetrieb d. Kriegshadern A.-G. Albert Otto Klau
(Zuh. Paul Berg), Helmstedter Straße 33/34.

Tüchtige Arbeiterinnen,
Sortierinnen und Stopferinnen
in dauernde Beschäftigung gesucht. 5007
D. Neumann, Sackhandlung,
Kaiser-Otto-Ring 1c.

Junge Mädchen
zum Anstrichen der Pakete und für leichte Handarbeit
steht 1848
Peter Georg Palis, Kaiserstr. 97.

Zeitungsträgerin für Oschersleben
sofort gesucht. Zu meiden bei K. Küster, Kirchstraße Nr. 6.
Verlag der „Volksstimme“.

Jüngere Mädchen
kräftige, tücht. Arbeiterinnen
sowie einige Arbeitsburschen
werden für 8stündige Tag- und Nachtschicht sofort gesucht
Magdeburger Keksfabrik Haffstein & Co.
Magdeburg-Renftadt. 1878

Kräftige Arbeiter, auch Frauen
steht ein 1866
Breit-Zentrale G. m. b. H., Fürstenufer Nr. 24.
Melbungen beim Aufseher.

Selbständig arbeitende
Elektromonteur
für sofort gesucht. 1885
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Installationsbereich Magdeburg, Kaiserstraße 65.

Automobil-Monteur und -Schlosser
nur selbständig arbeitende Schiffe, sofort gesucht. 177
Aut-Werke A.-G., Magdeburg, Königstraße 11.

**Maurer, Zimmerer, Bau-
arbeiter und Arbeitsfrauen**
werden für hier und auswärtige Baustellen sofort gesucht.
Hanack & Ludwig
fernungsgünstiges Baugeschäft, Konstantienstraße 12.

Tüchtige Rangierer
steht ein 1858
Hafenbahnbureau, Wittenberger Str. 17.

Erdarbeiter
werden eingestellt bei der Kabellegerung Endestraße vor der
Artillerie-Kaserne. 1786

Maurer, Bau- und Erdarbeiter
steht für Werkstätten, Gustav Slinger, Agnetenstr. 11/12.
Wilhelmstadt u. Reinhardt.

Zentrifugenarbeiter und Sackträger
auch Urlauber 1866
steht ein
E. C. Helle, Zuckerraffinerie
Salberstädter Straße 15.

**Tüchtige Akkordarbeiter,
Sackträger (auch Urlauber)**
steht ein 1866
Paul Siebert, Magdeburg,
Altes Fürstenufer 32/35.

Hausdiener
sofort oder später gesucht. Meldungen 10 bis 1 Uhr.
Mittelstraße 20
Mittelstraße 20

2 Frauen oder Mädchen
für Lager-Aufnahmearbeiten
steht ein Reformhaus Thulpa,
Berliner Str. 1a 4988

Sie suchen für einen Spezial-
Gebrauchsmittel,
welcher in jedem Haushalt sowie
Kolonialwaren-Handlung gefast
sind, ...
Heißende
Herren als ...
für Magdeburg und Umgebung.
Nur wirklich tüchtige Verkäufer
haben Beschäftigung. Offerten
unter L 1881 an die Expedition
der „Volksstimme“ erbiten.

Einzel-Frau oder Mädchen
für Hausarbeiten steht ein
Magdeburg, Kaiserstr. 25.
Erdarbeiter
steht ein

Einige zum 1. August einer
Marmeladenkocher
für dauernde Beschäftigung.
Anton Mathy
Marmeladenfabrik Magdeburg-
Grieblichstr. 2, Casauer Str. 3

Maurer
und **Bauarbeiter**
steht ein 1881
Paul Gorgas,
Magdeburg, Kaiserstr. 25.

**Ein dauernde Beschäfti-
gung steht ein**
**Ant. L. Schmidt-
Magdeburg**
Junge Arbeiter
steht ein

**Ein Fuß- und Wagen-
Schmied,**
auch Kriegsbefähigter, zum
sofortigen Eintritt gesucht. Auch
werden noch
Arbeiter
eingestellt. 1890
E. W. Neumann
Sumpfweg
Magdeburg-Budau
Kaiserstr. 89a.

Einige tüchtige, junge
Mädchen und Frauen zum
Sacktragen werden gesucht
F. W. Zimmermann
Kaiserstr. 12b, Geh. Bücherei
12-15 Uhr
steht ein

Kammer-Lichtspiele.

Heute und folgende Tage
Maria Widal
Max Rubbeck — Käthe Haak

Rosen

die der Sturm entblättert

Der Roman einer Mädchenfreundschaft
in 4 Akten.

Wenn die Frau nicht kochen kann

Aufführ. in 3 Akten

In der Hauptrolle: **Poldi Müller.**

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Ende 10 Uhr.

Biener & Chusid

Himmelsrichstr. 23, 1 Treppe

Auf Kredit und gegen Barzahlung

Möbel **D**amen
Wohnzimmer | seid. Wäntel
Schlafzimmer | Kostüme
Küchen | Röcke

Einzelne Möbel um | um Herren-Anzüge um
Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet. 1876



B Z



Ausgabestellen:

Bahnhof Sudenburg, In der Wuhne, Fernspr. 5391
Elbbahnhof, Fürstenufer 24, Fernspr. 2301

Braunkohlen-Briketts Grudofoks

Vorzügliche Kohlen — Für Kesselheizer und Niederdruckheizer
Direkt ab Waggon oder Lager — empfiehlt

Brikett-Zentrale

G. m. b. H.

Konior: Neue Theaterstraße 2, I. Fernspr. 607.

Bestellungen zur Lieferung frei Keller werden gerne angenommen:
Neue Hauptstr. Heinrichstraße 8, part., bei Ernst Schmidt
Elbischstraße, Silesienstraße 2, bei Fritz Brüggemann.

Frühzeitige Einlieferung ratsam

Lichtspielhaus Panorama.

Heute und folgende Tage
Das erfolgreichste Minestück Schauspiel
Mstr. Wu

— 5 Akte. —

Für den Film bearbeitet von Lupa Piek.

Mstr. Wu

Direktor Karl Meinhard
von den Meinhard-Bernauer-Bühnen in Berlin.

Nang Ping:

die berühmte Manja Tzatschewa.

Lia Ley

Wenn die Liebe nicht wär

Aufführ. in 3 Akten.

Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr. Ende 10 Uhr.

Sonntag den 14. Juli, nachmittags 2 Uhr,

führt Dampfer



nach
Görsche
Ordnung

Abfahrt über die Strombrücke rechts

9 Uhr in Magdeburg zurück.

D. & S. Strasse, Zeltstraße 12.

Wilhelma

Lebender Gart. Bausitz

Lübener Straße 129

Die neuesten Schlingentiere sehen den
gelehrten Gästen zur Verfügung.

Sonntags: Militärfest

unter pers. Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Salzquelle

Großes Militär-Konzert

Das Fest hat Sonntag und Sonntag
gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Beginn 8 Uhr.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an
Konzert
Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Wienbold

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Wienbold

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Wienbold

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Stadt Loburg

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Garten-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Wienbold

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Wienbold

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Wilhelma-Sommersaal

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Militär-Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Vogelgesang

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Konzert

Leitung: Oberstleutnant Kurt Schütz.

Lindenhof

Das größte Große Gartenkonzert.

Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. — Kinder 10 Pf. —
Eintritt gibt es nicht. Eintritt 20 Pf. —
A. Wagner.

Stadtpark Schönebeck

Sonntag den 14. Juli nachmittags 3 Uhr

Großes Mandolinentonzert

Theater und Gesangsvereine.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Waldschenke (Malerpark)

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Gartenkonzert

gegenüber der Kriegsdenkmäler der Stadt Magdeburg.
Bei möglichem Regen im Garten.

Alle Überfluserei Niederitz

Heute Sonntag von 4 Uhr nachmittags an

Großes Wohltätigkeitskonzert

unter Leitung des kgl. Oberstleutnants Schütz.

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Tutti-Theater | Weiße Wand | Colosseum

Heute und folgende Tage

Asta Nielsen

Die Dämonen-Königin

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Die Dämonen-Königin

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Die Dämonen-Königin

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Die Dämonen-Königin

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Erich Kaiser-Tier

Ein Tropfen Galt

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Ein Tropfen Galt

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Ein Tropfen Galt

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Ein Tropfen Galt

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Martha Novelty

Werner Krauß

Rudolf Essek

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Martha Novelty

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Martha Novelty

Beginn 8 Uhr. Der Wirt.

Martha Novelty

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Ende 10 Uhr.

Grasemanns Gesellschaftsgarten

— Inhaber: Reinhold Guse — 1753

am Großen Anger gelegen.

Heute sowie jeden Sonntag ab 3 1/2 Uhr

Großes Wohltätigkeitskonzert

zum Besten des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Provinz Sachsen für tuberkulöse Krieger.

Eintritt 20 Pfennig. Eintritt 20 Pfennig

Mähmaschinen

Reparaturen führt aus

A. Ziegler, Sudenburg, 5038 Schöniger Straße 28.

Herren-Fahrrad

mit Befestigung zu ver. Erstat.

Elbischstraße 17, I. 1886

Zentral-Theater

Beste Sonntag:

Nanon

Beginn der Vorstellungen

offiziellen Diskussion der Monarchiefrage künftig einen maßvolleren Ton anzuschlagen und dem Gegner keine unläuteren Motive zu unterstellen. Zweitens: der finnische Gesandte in Berlin habe in Helsinki den Pressevertretern erklärt, Deutschland stehe der Frage der finnischen Staatsform gänzlich unbeteiligt gegenüber und müsse sich in keiner Weise einmischen.

An welche „äußere Stütze“, die Finnland braucht und kaum mehr bekommen kann, mag der Senator Setälä in Wiborg bei seinen Worten dann wohl gedacht haben? —

Die Salzburger Verhandlungen.

In der alten schönen Mozartstadt Salzburg sind seit einigen Tagen Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zur Besprechung der aus der Idee eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses auftauchenden Probleme versammelt.

Deutschland ist durch Unterstaatssekretär v. Körner vertreten, der schon unter Bülow als guter Kenner des Zolltarifs im Vordergrunde stand, dann durch den Ministerialdirektor Jusinsky und Geheimrat Stodmann.

Schon die beschränkte Zahl der Delegationsmitglieder, das Fehlen repräsentativer Vertreter der Reichsleitung, weist darauf hin, daß das Arbeitsgebiet von vornherein sehr eng abgegrenzt wurde. Zunächst wird nur an die Aufstellung eines Arbeitsprogramms gedacht, so daß sachlich wichtige Beschlüsse in nächster Zeit überhaupt nicht gefaßt werden dürften. Aber auch wenn diese Vorarbeiten bewältigt und die eigentlichen Beratungen aufgenommen sind, dürften die Ziele nicht allzu weit gesteckt und manche vorläufige Enthaltungen enttäuscht werden. In Salzburg soll Mittel- und Ost-Europa noch nicht begründet werden, es sollen nur formale, allerdings sehr wichtige Vereinheitlichungen im Zollgesetz, Zollschema, Zollverfahren, im gewerblichen Rechtsschutz, der Statistik und den See- und Schifffahrtsverhältnissen durchgeführt werden.

Von österreichischer Seite werden an die beginnenden Beratungen allerdings weitgehende Hoffnungen geknüpft, die vielleicht auch von wohlmeinenden Zeitungschreibern der Bevölkerung als Trost in den Nöten dieser Tage zugebracht sind. Oesterreich-Ungarn scheint tatsächlich den zollfreien Verkehr mit Lebensmitteln im Rahmen Mitteleuropas vorge schlagen zu haben. Leider wird nicht gesagt, wie hoch die österreichisch-ungarische Regierung den gemeinsamen Getreidezoll gegen das Ausland plant und wie sie sich zu der volkswirtschaftlich so notwendigen Angliederung der agrarischen Balkanländer stellt. Die nachdrückliche Befürwortung einer agrarischen Hochschutzzollpolitik durch den einflussreichen Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus mahnt zur Vorsicht. Dagegen scheint in Oesterreich wenig Lust zu einem durchgreifenden Abbau der industriellen Zölle zu bestehen. Als Geltungsdauer für das Abkommen wird eine Frist von 20 Jahren geplant; nach 10 Jahren soll der Vertrag durchgesehen werden.

Außerdem wachen in Oesterreich immer neue Hoffnungen auf eine baldige Hilfe Deutschlands zugunsten der österreichischen Währung auf, die um 50 Prozent entwertet ist. Da aber Deutschland mit seiner eignen Währung sehr viel zu tun hat, das Problem überdies aus engem mit dem staatlichen und privatwirtschaftlichen Kredit zweier bisher doch recht verschiedenen Wirtschaftsgebiete zusammenhängt, so eilen diese Erwartungen den Tatsachen wohl voraus.

Die wirtschaftliche Annäherung steht im engsten Zusammenhang mit der politischen Wertung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, mit dem lebhaften Wunsch, die alte Donaumonarchie politisch, wirtschaftlich und militärisch voll bündnisfähig zu sehen, mit der Neugestaltung Oesterreichs und Ungarns, mit der Weilegung der verwundenen nationalen Kämpfe, mit der Lösung der polnischen und jüdislawischen Frage. Diese außerordentliche Kompliziertheit und weittragende Bedeutung der auftauchenden Probleme mahnen zur Vorsicht, besonders da starke Interessentengruppen Mitteleuropas zu einem Vorkampf ihrer rückwärtlichen und selbstjüchtigen Politik machen wollen.

Die Sozialdemokratie wird vor diesen großen Widerständen nicht kapitulieren und ihren Einfluß daran setzen, die Idee Mitteleuropas, die in der Zeit der großen Wirtschaftsimplosion so nahe liegt, vor Verfallungen zu bewahren. Noch immer gilt, was Dr. Krenner im Verlauf der Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichischen führenden Parteigenossen am 9. Januar 1916 ausführte: „Die Bourgeoisien schließen keine sozialistische Gemeinschaft miteinander, sondern eine Kapitalgemeinschaft. Sie schließen die Gemeinschaft, um die Arbeiterklasse, um ein Wirtschaftsgebiet auszubenten. Aber was an uns liegt, müssen wir tun, um zu verhindern, daß eine historische Notwendigkeit ausgebeutet werde ausschließlich im Interesse einer profitierender kapitalistischen Bourgeoisie.“

Furcht vor der Auflösung.

Neben den Mitteilungen des Kanzlers über das seltsame Problem war das wichtigste an den letzten Verhandlungen des Hauptauschusses die Mitteilung des Abgeordneten Stresemann, daß die Behauptung unwahr sei, die Oberste Seeresleitung verbinde die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Natürlich wünschte sie mögliche Aufrechterhaltung der innern Geschlossenheit, aber sie müsse sich in politische Fragen nicht einmischen. Um die Bedeutung dieser Mitteilung zu würdigen, muß man wissen, daß Stresemann vielfach als das Mundstück höchster militärischer Kreise im Reichstag gilt.

Die Reaktionspresse ist denn auch in den letzten Tagen in Sachen der Auflösung recht unruhig geworden. So sucht die „Deutsche Tageszeitung“ erneut zu beweisen, daß doch die Krone alle ihre Verpflichtungen schon erfüllt hätte, besonders nachdem das Abgeordnetenhaus alle plutokratischen Elemente aus dem Wahlrecht entfernt hätte. Sie redet der Regierung sehr gut zu, doch auf die Auflösung zu verzichten. Wahlrechtswahlen ohne die im Felde stehenden Krieger könnten unmöglich das richtige sein. In der ersten Klasse würden vermutlich die Kriegsgewinnler wählen, in der zweiten die hoch bezahlten Munitionsarbeiter den Ausschlag geben, und die Mittelklassen hätten bei solcher Kriegswahl jeden Einfluß verloren und würden vollständig an die Wand gedrückt werden.

Wir wollen nicht untersuchen, wie weit etwa Munitionsarbeiter jetzt in die ausschlaggebende zweite Wählerklasse eingerückt sind; selbst wenn das nach ihren Wünschen möglich wäre, käme eine solche Erscheinung ja nur für eine verhältnismäßig beschränkte Anzahl von Großstadt-Wahlkreisen in Frage. Aber richtig ist schon, daß dieses Dreiklassenwahlrecht jetzt noch mehr ein Hohn auf alle Vernunft sein wird als in Friedenszeiten, weil der Krieg nach Geld und Raume die Einkommensverhältnisse vollkommen verschoben hat, ohne daß ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen ernsthaft behaupten könnte, wie das früher geschah, daß es die sozial und staatspolitisch wertvollsten Elemente seien, die das höchste Einkommen hätten.

Schuld der Demokratie ist es wahrhaftig nicht, daß noch immer dieses infame Dreiklassenwahlrecht besteht! Wir hätten wirkliche Freude daran, wenn seine Willkür jetzt gegen seine bisherigen Nutznießer ausläufe; aber wir haben leider keine Sicherheit, daß dies tatsächlich der Fall sein wird. Nur so viel steht für uns fest: über die Unmöglichkeit einer Kriegswahl unter dem Dreiklassenwahlrecht dürfen die nicht klagen, die vor dem Kriege auch die bescheidenste Reform durch ihr starres Festhalten an den Privilegien vereitelt haben.

Die nationalliberale Spaltung.

In der nationalliberalen Presse wird die Auseinandersetzung über die Stellungnahme zum gleichen Wahlrecht für Preußen und der sich daraus ergebende kritische Zustand für die Partei mit großer Schärfe fortgesetzt. Die „Westfälischen Politischen Nachrichten“ das Organ der westfälischen Schwerindustriellen, wenden sich gegen die Absicht einer erneuten Stellungnahme der nationalliberalen Parteinstanzen zur Wahlreform und teilen in einem Vorstoß gegen den Reichstagsabgeordneten Stresemann folgendes mit:

Man denke nur an die Verhandlungen des letzten Par- teitags, vor allem an die gefaßte Entschliessung, deren ursprünglicher Schlußsatz ganz unmissverständlich von der Notwendigkeit der Trennung sprach. Man sah sich zwar genötigt, diesen Satz nachher fallen zu lassen, aber die Begleit- ung dieses scheinbaren Entgegenkommens gegenüber den Wahlrechtsgegnern in der Partei war so rückwärtslos offen und entgegen jeder parlamentarischen Gepflogenheit so feindselig gehalten, daß die inhaltlich zum Ausdruck gebrachte Absicht der Parteispaltung dadurch nur noch stärker hervorgehoben wurde.

Die Stettiner „Nationalliberale Rundschau“ bezeichnet es als ein Ding der Unmöglichkeit, Männer innerhalb der nationalliberalen Partei zu dulden, die darauf hinarbeiten, den früheren Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Hauptträger der Wahlrechtsvorlage in der Regierung (Dr. Friedberg) zu stürzen. Sie verlangt eine Aussprache im Zentralvorstand der Partei, damit das reinigende Gewitter endlich einmal niedergehe, und die den Bestand der Partei gefährdenden Elemente fortgeschwemme.

In der „Weiser-Zeitung“ vertritt der Abgeordnete für Salzweid-Garbelegen, Dr. Wöhme, die Auffassung, daß bei jeder Gestaltung der Wahlreform die preussische nationalliberale Landtagsfraktion der Zukunft sich auch von der Reichstagsfraktion innerlich nicht mehr unterscheiden, eigentliche altnationalliberale Auffassungen in beiden völlig bedeutungslos sein würden:

Die starken Gegensätze, die bisher die Partei erschüttert, werden, da der einen Richtung ihr bisheriger parlamentarischer Rückhalt in der Landtagsfraktion fehlt, sich nur noch gelegentlich auf Parteitagungen und auf den Tagungen einzelner Landtagsorganisationen Luft machen, bis die völlige Ausfallslosigkeit die Träger der Opposition zum Schweigen oder Austritt veranlaßt. Diese natürliche Entwicklung liegt so zutage, daß es geradezu eine unverzeihliche Torheit wäre, wenn die Freunde des gleichen Wahlrechts eine gewalttätige Entfremdung der Wahlrechtsgegner und die daraus entstehenden Kämpfe auf sich nehmen wollten. Der Führer der Reichstagsfraktion, der Abgeordnete Dr. Stresemann, hat deshalb auch nicht, wie ihm nachgesagt worden ist, die Sprengung der Partei angebroht, sondern nur die Entfremdung derjenigen — es gibt solche, die das ausgesprochen haben — die die heutige Regierung und den langjährigen Führer der Partei, den jetzigen Vizepräsidenten des Reichstagsministeriums, stützen wollen. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß im Falle einer Auflösung der Reichstagsfraktion die Wahlparole ausgeben wird, daß nur solche Kandidaten, die sich zum gleichen Wahlrecht bekennen, als nationalliberale zu gelten haben, eine einstimmige Front der Partei hergestellt werden muß. Wer die Auflösung durch sein Verhalten herbeiführt, scheidet aus der Partei.

Der Vertretertag der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen stellte sich in einer Entschliessung auf den Boden des gleichen Wahlrechts und erklärte es für eine selbstverständliche Forderung, daß von der Provinzial-Organisation nur solche nationalliberale Kandidaten aufgestellt würden, die für das gleiche Wahlrecht eingetreten entschlossen sind.

Dann würden also Waisly und Wiersdorff, die Dreiklassenvertreter für Halberstadt-Obersleben, von der provinziellen Organisation hofiert werden. Fragt man aber oder nicht fraglich, daß die lokalen Organisationen trotzdem zu ihnen halten werden. —

Notizen.

Landtags-Schlus. Eine ziemlich belanglose Sitzung des Herrenhauses am Freitag, die sich der 3 1/2 stündigen Geheim- sion über den Fall Wichnowsky anschloß, bildete den Schluß der sommerlichen Tagung des Landtags. Er ist bis zum 20. September vertagt, jedoch kann in dieser Zeit die Verfassungskommission des Herrenhauses Beratungen abhalten und der Hauptauschuss des Abgeordnetenhauses eine Besichtigungsreise nach Ostpreußen antreten. Der Präsident des Herrenhauses hielt eine längere Schlussrede über die gewissenhafte Prüfung der Wahlrechtsvorlage, über Krieg und Frieden und über das monarchische Preußen und was dergleichen Dinge mehr sind, die in so eine Schlussrede hineingehören. —

Papierleinwand als Radmittel. In einem Erlaß an die Eisenbahndirektionen richtet sich Minister v. Breitenbach gegen die Benutzung von Papierleinwand als Radmittel. Diese biete im allgemeinen keinen genügenden Schutz gegen Beschädigungen des Gutes während der Beförderung. Wird die Umhüllung feucht, so reißen selbst bei vorsichtiger Behandlung die einzelnen Fäden. Daher ist eine derartige Verpackung als mangelhaft anzusehen, und die Anerkennung der mangelhaften Verpackung muß auf den Frachtbriefen festgestellt werden. Jedoch genügt nicht die Anmerkung: „Verpackt in Papierleinwand“, da sie nur die Art, nicht aber die Mängel der Verpackung angibt. Dagegen soll der Vermerk: „Verpackt nur in Papierleinwand“ als genügendes Anerkennnis gelten. —

Entlassung Lipinski. Aus Leipzig wird gemeldet: Richard Lipinski in Leipzig, der wegen des Streiks im Januar seit dem 19. März sich in Untersuchungshaft befand, ist jetzt aus der Haft entlassen worden. Lipinski gehört der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei an. —

Die Tätigkeit der U-Boote. Der Admiralsstab meldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 500 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsraums. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. —

Standrechtlich erschossen. „Petit Parisien“ meldet aus Saloniki: In Geggani wurden sieben griechische Offiziere und Unteroffiziere, welche angeklagt waren, eine militärische Meuterei in Corchia angezettelt zu haben, standrechtlich erschossen. Sie sollen sich gefälschter Dokumente bedient haben, um eine Rebellion herbeizuführen. —

Anlagen gegen Albert Thomas. Die Sektion von St.-Denis hat an die Seine-Föderation eine Anklageschrift gegen Thomas gerichtet, in der die genaue Kontrolle seiner Handlungen und der eventuelle Ausschluß aus der Partei gefordert wird. Es wird ihm in erster Linie zum Vorwurf gemacht, daß er in seiner Stellung als Minister über die offiziellen Friedensbesprechungen zwischen Deutschland und Ribot auf dem laufenden war, daß er vom Briefer Kaiser Karls von Oesterreich Kenntnis hatte, und daß er weder als Minister noch im Laufe der späteren Enthaltungen gegen die Maßnahmen der Geheimdiplomatie Einspruch erhoben habe. Im Gegenteil scheine es, daß er diese Politik gefördert und dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen habe. Heute könne man, wenn man die militärische, diplomatische und wirtschaftliche Lage Frankreichs vom Jahre 1917 mit der heutigen vergleiche, sagen, daß der Ribot-stand Ribots gegen das österreichische Friedensangebot leichtfertig war. Wenn Albert Thomas sich der Ribotschen Entschliessung ohne Wissen des gesamten Ministerrats anschloß, so habe er gegen die Verfassung gehandelt und einen schweren Fehler begangen. Aus allen diesen Handlungen gehe hervor, daß Thomas seine politischen Pflichten verstoßen und die Interessen der Arbeiterklasse und damit die Interessen Frankreichs verletzen habe. —

Unruhen in Südafrika. General Botha hat eine lange Proklamation an die Bevölkerung Südafrikas erlassen, in der er die Bürger um Aufrechterhaltung der Ordnung ersucht. Er sieht die Unruhen unter den Eingeborenen sowohl wie unter den Weißen auf deutsche Intrigen zurück und entschuldigt die getroffenen militärischen und polizeilichen Maßnahmen mit Vorfällen der letzten Wochen, die aus Staatsgründen nicht bekanntgegeben werden konnten. —

468 Flugzeuge abgeschossen.

W. L. B. Großes Sanzenarties, dem 13. Juli 1918. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Mailen wurden mehrere Angriffe durch englischer Abteilungen abgewiesen. Ebenso scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Wert.

Seitigem Generalkampf auf dem Westufer der Aisne folgten zwischen Gistel und Mailly Teilangriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Reilly, am Abend in dem ganzen Kampfabchnitt nach erneuter Artillerievorbereitung wiederholte. In Gistel und im Schiffe Anden setzte sich der Feind fest. Deshalb dieser Linie brachen keine Angriffe in unserem Gegenstoß zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Diffe und Marne blieb die Gefechtsintensität reger. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich bei Duray wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In den mittleren Egeesen und am Hartmannsweilerkopf lebte die Gefechtsintensität auf. Rückwärts von Font-a-Mousson und im Fane-Grunde scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, davon 92 durch unsere Jagdabteilungen, und 62 Fesselballone abgeschossen. Derselben sind 217 Flugzeuge in unserm Besitz; der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgesetzt.

Wir haben im Kampf 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Die neuen Kriegskredite genehmigt.

W. L. B. Berlin, 13. Juli. Der Reichstag hat die Kriegskredite von 15 Milliarden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Polen angenommen. —

Umpressen von Damen-Filz-, Velour- u. Plumes-Hüten

Es empfiehlt sich, die alten Hüte baldigst zu erledigen, da dieselben jetzt besser und billiger gearbeitet werden. Durch zu spätes Ueberweisen wird der Betrieb überlastet und eine prompte Rücklieferung in Frage gestellt.

Hochmoderne Ersatz-Linon-Formen

Neueste, kleine und große hochköpfige sowie die beliebten Schutenformen zum Beziehen von Sammet. Ebenso Neuheiten in hochmodernen Perlhutschmullen.

H. Lublin.



In den Räumen meines obigen Hauses unterhalte ich ständig ein reichhaltiges Lager in:

- Schränken** eiche, sahn und melbass, gestrichen sowie lackiert
- Vertikos** melbass, gestrichen und lackiert 1767
- Bettstellen** eiche, sahn und melbass, gestrichen sowie lackiert
- Küchen** gestrichen, in verschiedenen Ausführungen und sehr leicht
- Schlafzimmer** eiche, sahn, melbass, lack, melagol, gestrichen sowie lackiert u. weiß lackiert
- Speisezimmer** — **Herrenzimmer** in gelogener Ausführung

Möbel-Spezialhaus Friedrich Lorenz

Inhaber: Karl Beyersing
Magdeburg, Peterstraße 17.
Eig. Tischler- und Polsterwerkstätten.

Rechtsbureau Referendar a. D.

Lebegott, Große Mühlstraße 5, Anstalt und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerfachen. Sprechzeit: 9-1, 3-5 Uhr.

- Bermut-Strahlwein** vom Fass Liter 3.00
 - Feinster Maltrant** vorzüglich im Geschmack und zur Brauerei vom Fass Liter 3.10
 - Limnaden mit Himbeer-Aroma** vom Fass Liter 1.70
- A. S. Röver** Wittenberger Straße Nr. 6
Fernsprecher 5575

Felle, Häute, Roßhaar

Kanarienvogel, Fiegen, Kall-, Schaffelle sowie Walle, Harber-, Fuchs-, Fild-, Hamsterfelle, alle Arten Schweinehaar u. Borsten

G. W. Schönemann,

Georgplatz 14.
Wanzen, Schwaben, Ratten, Mäuse
Kattien, Wanzen, Scallus à 2.90

Spezialität: Reinigung mit Brut, Kattien, Wanzen, Scallus à 2.90
Kattien, Wanzen, Scallus à 2.90

Wir offerieren für Händler und Wiederverkäufer

unser Lager in: Hosenträgern, Strumpfbändern, Strumpfhältern, Kaffeetassen, Taschentüchern, Dolchen, Nidermessern, Scheren, Ess- und Teelöffeln, Filzleberstößen und -abstößen, Pantinen in Leder und Grotz in allen Größen, Filz- und Sommer-Einlegefüßen, Sohlenmacher in verschiedenen Marken und Qualitäten, Reithosen mit und ohne Riemen, Haarnadeln, Stopf-, Steck- und Nähmaschinen, Sicherheitsschrauben, Gabeln, Bekümmertöpfe, Pendelknöpfe, Nickel- und Wästelknöpfe, Stragantknöpfe, Patent-Hofknöpfe, Anführerarten, Wirtarten, Briefmappen, Notizbücher, Aufklebapparate, Tinte in kleinen Flaschen, Borstenschlösser in allen Preislagen, Taschensäume, Seitenfahnen und Haarputzer, Taschenspiegel in großer Auswahl, Roßhaar-Sandjeger, Kleiderbürsten, Auftrage-, Glanz- und Waschbürsten, Schrubber und prima Straßenbesen, Schürzen in großer Auswahl und allen Preislagen, Ersatzspiralen für Hosenträger, Portemonnaies, Brief- und Geldschlösser, Schuhcreme in schwarz u. gelb, Friseurspiegel, Holzkäse, Flaschenauger, Broschen, Goldketten in großer Auswahl. Ferner ein großes Lager in Spielwaren und täglicher Eingang von Neuheiten und gut lehnenden Verkaufsartikeln. 1885

Waren-Ein- u. Verkauf-Zentrale

G. m. b. H. (vorm. A. Saenger)
Frankfurterstraße 7. Fernsprecher 7663 u. 4278.

Künstliche Limonaden } pro Liter 1.75 M.
mit Himbeer-Aroma
„Spezialität“ Eislmetta } pro Liter 2.00 M.
mit Apfelsinen-Aroma 1796 } ohne Flasche

G. Haferkorn Nachf., Dreienbrühlstraße 12a

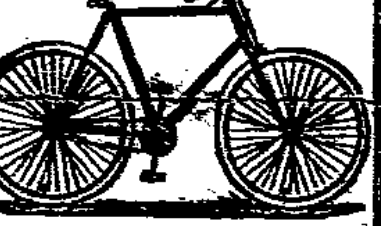
Wenn Sie eine klare, schöne Wäsche erzielen wollen, dann setzen Sie der Waschlauge gereinigte, konservierte Rinder-Galle

zu. Die ganze Lauge schäumt und die Wäsche wird sauber, klar und geruchlos.

Gereinigte, konservierte Rinder-Galle enthält keine ätzenden, der Wäsche schädlichen Bestandteile. Gereinigte, konservierte Rinder-Galle ist bekanntlich bereits im Frieden zur Seifenfabrikation mit größtem Vorteil verwandt worden (Gallenseifen). 1881

Waren-Ein- und Verkaufszentrale

En gros G. m. b. H.
Magdeburg, Franckestraße 7. Fernsprecher
Wiederverkäufer wollen sich bitte me



Herren- und Damenräder

Ersatz- und Zubehörteile
Reparaturmaterial
Pedale, Ketten, Griffe, Gloden, Pumpen, Laternen, Satteldecken, Fahrradöl, Reifentier, Kapselne, Kettenglätte, Ventilschlauch, Kleberzeug, Satteltaschen, Spirala-Erjähbereifung, Feuerzeuge, Gasbergsänder, Elektrische Taschenlampen, 1794
Reich frische Batterien.

Robert Bensch

Breitweg 256. Tel. 2798.
Lötwasser fürrefret
Horn. Masche Wilhelmstr. 11.

Alle Sorten und Schallplatten
Pianos
kaufe ständig
Preis
Silbermusikwa
Breitet

Via

Nähmaschinen,
Uhren, Ketten, Ringe,
Gold- und Silberfachen
aller Art sowie andre Gegen-
stände sehr billig bei
F. Koch,
Leiterstraße 2, 1 St.

In meiner Leihhaus-
Abteilung werden Gegen-
stände fast aller Art so-
wie ganze Warenposten
zu höchsten Preisen
beliehen. 1747

Jahres-, Halbjahrs-, Tages- und Abendkurse.

Kaufmännische Privatschule

Alfred Bruck
Kaufmann
Fernsprecher 1242
MAGDEBURG
Jenny Bruck
wissenschaftlich gepr. Lehrerin
Wilhelmstraße 1, I.

Anmeldungen täglich, auch Sonntags.
Vormittags. 1800

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntags
8-9	Buchführung	Deutsch	Buchführung	Deutsch	Buchführung	Deutsch
9-10	Buchführung	Rechnen	Buchführung	Rechnen	Buchführung	Rechnen
10-11	Fremdwortl.	Rundschreiben	Wechselrech.	Rundschreiben	Fremdwortl.	Rundschreiben
11-12	Stenographie	Korrespond.	Stenographie	Korrespond.	Stenographie	Korrespond.
Nachmittags.						
1-2	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	Schönschreiben	frei
2-3	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	Maschinenschr.	frei
4-5	do.	do.	do.	do.	do.	frei

Jedes im vorstehenden Plan angeführte Unterrichtsfach kann wunschgemäß auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

Kaffee-, Tafel- u. Hotelgeschirr

Wegen Verlegung unser Fabrik bieten wir unser großes Lagerstück in
Kaffee-, Tafel- u. Hotelgeschirr
usw. — preiswert zu
Ausserdem haben wir jetzt die Preise für die älteren
Formen **50% bedeutend herabgesetzt**
Der Geschäftsbetrieb findet täglich von 10 bis 6 nach-
mittags in der Nähe der Peterstraße 2, 3, statt.
Sonntags geschlossen.
Inhaber Porzellan-Manufaktur A. G., M. Bockau